

Partizipativer Unterricht mit PoliPedia

EIN WEBGESTÜTZTES TOOL FÜR KOLLABORATIVES LERNEN
Herausgeberinnen: Gertraud Diendorfer, Ursula Maier-Rabler



Multimedia



Citizenship



www.polipedia.eu



Democracy



Web 2.0



Participation



POLIPEDIA.EU

DEMOCRACY – POLITICS – PARTICIPATION



POLIPEDIA.AT

DEMOKRATIE – POLITIK – PARTIZIPATION

IMPRESSUM

Herausgeberinnen: Gertraud Diendorfer, Ursula Maier-Rabler

Text: Georg Heller
Nicolas Mandeau
Ulrike Reindl
Astrid Schmid

Pädagogische Beratung: Angelika Riedl
Katharina Reindl
Josef Stehle

Lektorat: Irmgard Dober
Grafik: Katrin Pfleger

©Demokratiezentrum Wien, 2013



Inhalt

Einleitung	5
Demokratie und Neue Medien	7
Demokratie und Jugend	8
Neue Medien und politische Bildung	10
„Polipedia.eu“. Ein europäisches Jugenddemokratieprojekt	13
Kollaboratives Arbeiten	13
Didaktische Grundsätze des Projektes	14
Ziele des Jugendpartizipationsprojektes	16
Features	16
Workshopkonzept des Projekts	17
Qualitätssicherung	23
Orientierungshilfe zum Einsatz von www.polipedia.eu im Unterricht	24
Der Einsatz der Wiki-Plattform Polipedia.eu in den jeweiligen Unterrichtsfächern	30
Geschichte und Politische Bildung: Einführung, Beantwortung von Leitfragen mittels Internetrecherche, Erzeugung von e-content	30
Deutsch: Einführung, Besprechung von Wiki als Textsorte-Bearbeitung von vorhandener Beiträge auf der Webpage	30
Englisch: Einführung mittels relevanter Vokabel-„Mini-Referate“ – Verfassen von Beiträgen auf www.polipedia.eu	31
Philosophie: Einleitung, Selbststudium mittels vorhandener Beiträge, Diskussionsrunde im Klassenverband	31
Informatik: Einführung, Rechtsfragen Copyright, Überarbeitung von e-content	32
Fächerübergreifender Unterricht: Informatik-Geschichte	33
Schulübergreifender Unterricht	33
Unterrichtsbeispiele	34
Unterrichtsbeispiel 1: EU- Democracy: Vortrag-Quiz-Einträge	35

Unterrichtsbeispiel 2:	
Multi-level citizenship: Einführung, Einzelarbeit mittels Webquests, Gruppenarbeit zu aktuellem Thema, Diskussionsanregungen im Forum	38
Unterrichtsbeispiel 3:	
EU & world: Globalisierung. Einstieg in die Thematik mittels Videoclip, stille Lektüre, Erstellung von Artikeln für die Website	42
Unterrichtsbeispiel 4:	
Identität: Einführung mittels kreativem Part-Rollenspiel, Erweiterung von Artikeln mittels selbstproduzierter Videoclips	44
Planspiel: EU-Beitritt der Türkei	45
Einleitung	45
Spielablauf	45
Der Beitrittsprozess	47
Szenario-Beschreibung	48
Mögliche Diskussionsthemen	50
Basisinformationen zur Republik Türkei	51
Rollenprofile	52
Literatur	61
Weitere Materialien	63



Einleitung

Das Internet ist heute jener Ort, wo Ideen, Meinungen und Information verbreitet werden, wo sich Menschen mit anderen vernetzen, die ähnliche Anliegen vertreten, wo Bürgerinnen und Bürger mit der Verwaltung zusammenarbeiten. Es birgt das Potenzial, durch Einbeziehung weiterer Bevölkerungsschichten die Qualität politischer Entscheidungsfindung zu verbessern. Kinder und Jugendliche wachsen selbstverständlich mit diesen Neuen Medien auf, wodurch die konkrete Anwendung des vorhandenen demokratischen Potenzials ein wesentliches Kriterium darstellen kann, um die Partizipationsbereitschaft der Jugendlichen zu erhöhen. Um dieses Potenzial auszuschöpfen, braucht es entsprechende Angebote, die die Einübung partizipativer Praktiken unter Einbeziehung von social software ermöglichen. Ein solches Angebot bietet die Plattform **PoliPedia.eu**.

Die Wiki-Plattform **www.polipedia** ermöglicht es Jugendlichen, Wissen über politische Themen von- und miteinander (peer-to-peer) zu entwickeln und zu nutzen. **www.polipedia.eu** ist ein gemeinsames Projekt des Demokratiezentrum Wien und des ICT&S-Centers der Universität Salzburg. Die deutschsprachige Version **www.polipedia.at** wird seit Jahren erfolgreich im Unterricht sowie in der außerschulischen Jugendarbeit eingesetzt. Im Rahmen des Förderprogramms „Jugend in Aktion“ der Europäischen Union und in Zusammenarbeit mit der Universität Ljubljana und dem National Youth Council of Slovenia wurde neben einer slowenischen auch die europäische Version **www.polipedia.eu** entwickelt. Die Qualität eines Wikis hängt maßgeblich von der Zahl und dem Engagement seiner Nutzerinnen und Nutzer ab. In diesem Sinne möchten wir LehrerInnen dazu ermutigen, PoliPedia auch in Ihren Unterricht zu integrieren.

Die vorliegende Publikation enthält konkrete Hilfestellungen und praktische Anregungen für den Unterricht. Darüber hinaus bietet sie eine theoretische Auseinandersetzung mit der Bedeutung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) für eine Demokratisierung der Gesellschaft, eine Reflexion über die Veränderungen des Lernens und Lehrens in der Informationsgesellschaft und darüber, wie IKT insbesondere in der politischen Bildung sinnvoll eingesetzt werden kann, um den daraus resultierenden Anforderungen gerecht zu werden, sowie eine Vorstellung des Jugenddemokratieprojekts „PoliPedia.eu – Online Civic Education“.

Auch wenn Wikiplattformen wie **www.polipedia.eu** – was die technischen Anforderungen betrifft – einfach zu benutzen sind, muss der Umgang mit einem Wiki erst erlernt werden. Insbesondere die Unabgeschlossenheit eines Wikis stößt bei manchen zunächst auf Skepsis. Ein Wiki entspricht einem kontinuierlichen Prozess der Wissensproduktion, bei dem Inhalte laufend erweitert, verbessert, überarbeitet und aktualisiert werden. Sich auf diese Unfertigkeit einzustellen, mag für viele Lehrerinnen und Lehrer eine kleine Herausforderung darstellen, bietet aber auch zahlreiche Chancen.

PoliPedia.eu richtet sich sowohl an Jugendliche und junge Erwachsene, die nicht nur am Konsum von gesellschaftlich relevanten Inhalten interessiert sind, sondern auch als ProduzentInnen von politisch-partizipativen Inhalten agieren möchten als auch an

LehrerInnen die einen schülerorientierten Unterricht mit dem Einsatz von neuen Medien verbinden möchten. Durch den Einsatz von partizipativen Medien soll nicht nur das Interesse an Demokratie und Politik geweckt werden, junge Menschen werden im Rahmen von **PoliPedia.eu** partizipativ in die politische Bildung einbezogen. Ein partizipativer Unterricht auf Augenhöhe zwischen SchülerInnen und LehrerInnen wird – so die dem Projekt zugrunde liegende Annahme – langfristig partizipierende BürgerInnen in einer politisch aktiven Zivilgesellschaft hervorbringen.

Politische Themen (und alle, die von SchülerInnen als solche identifiziert werden) können kollaborativ innerhalb der Klasse (fächerübergreifend), aber auch klassenübergreifend bearbeitet, gegenseitig überarbeitet, erweitert, kommentiert und mit multimedialen Inhalten angereichert im Internet angeboten werden. Dadurch wird eine aktive und kreative Auseinandersetzung mit den vorhandenen Inhalten gefördert. Durch die Beiträge der NutzerInnen entsteht so ein multimediales Online-Lehrbuch der Politischen Bildung, auf das jede/r InternetuserIn zugreifen und zugleich auch am Inhalt mitwirken kann. Die Aussicht, dass eigene Inhalte von einem großen Publikum gelesen werden, sowie die Möglichkeit, diese mit anderen zu teilen (durch Verlinkungen, „liken“ auf Facebook usw.), wirkt sich positiv auf die Motivation von Jugendlichen aus und fördert eine stärker intrinsisch motivierte Lernkultur. Auf **PoliPedia.eu** gestalten Jugendliche die Inhalte selbst und nutzen diese aktiv. Dadurch festigen Jugendliche ihre Urteils- und Handlungskompetenz, ein eigenverantwortliches Partizipationsverhalten sowie Kompetenz im Umgang mit Neuen Medien.

Demokratie und Neue Medien

Von Beginn an wurden große Hoffnungen in das demokratisierende Potenzial des Internets gesetzt: Verstärkte Bürgerbeteiligung und verbesserte politische Kommunikation, mehr Transparenz und Zugang zu Informationsbeständen sollten Tendenzen der zunehmenden (politischen) Apathie entgegenwirken. Insbesondere die kooperativen und kollaborativen Möglichkeiten des Social Web (oder Web 2.0) nähren diese Hoffnungen. Die dynamischen technologischen Entwicklungen führten auch zu einer Renaissance der Demokratietheorie. Dabei wurden unter anderem Konzepte der „partizipativen Demokratie“

(Pateman 1970), Barbers „strong democracy“ (1994) oder die deliberative Demokratie (Fishkin 1991; Habermas 1992, 1996) weiterentwickelt. All diesen Konzepten ist gemein, dass sie auf die Demokratisierung aller Lebensbereiche und die Maximierung von Partizipationschancen abzielen.

Mit dem Internet steht eine Infrastruktur zur Verfügung, die das Potenzial hat, das Verhältnis zwischen BürgerInnen und Regierung nachhaltig und tief greifend zu verändern. Seine Interaktivität, die Ko-Präsenz von vertikaler und horizontaler Kommunikation, der Abbau der Mittlerrolle im Kommunikationsprozess, die geringen Kosten sowie die rasche (Echtzeit-) und grenzüberschreitende Kommunikation machen das große demokratische Potenzial des Internets aus (Bentivegna 2002). Es stellt eine enorme Fülle an Informationen bereit, verknüpft Text, Ton und Bild, eröffnet Kommunikationsräume und bietet vielfältige Gestaltungs- und Partizipationsmöglichkeiten. Web-2.0-Anwendungen sind besonders partizipationsfördernde Technologien. Noch nie war es so einfach, eigene Inhalte ins Netz zu stellen und zu verbreiten, mit anderen zu kommunizieren, zusammenzuarbeiten und Inhalte auszutauschen.

Insbesondere auf lokaler Ebene gibt es zahllose Beispiele, wie Bürgerinnen und Bürger, von Entscheidungen unmittelbar Betroffene, Expertinnen und Experten online mit der Verwaltung zusammenarbeiten. E-Partizipation lässt sich in vier Stufen gliedern: Information, Konsultation, Kooperation und Mitentscheidung. Diese partizipative Form der politischen Problemlösung soll nicht nur bessere Entscheidungen hervorbringen (indem das partikulare Wissen der Bürgerinnen und Bürger genutzt wird), sondern auch dazu führen, dass diese Entscheidungen von einer breiten Bevölkerungsschicht mitgetragen werden.



E-PARTIZIPATION

meint die Einbeziehung von BürgerInnen in politische und gesellschaftliche Entscheidungsprozesse mit Hilfe der Neuen Medien, nämlich Internet und Mobilkommunikation. Damit soll citizen-empowerment erzielt werden, also die Ermächtigung der BürgerInnen zur aktiven Mitgestaltung an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen.

Aus: Forum Politische Bildung (Hg.): Medien und Politik, Informationen zur Politischen Bildung Nr. 35, 2012, S. 19

Demokratie und Jugend

Das Verhältnis von Jugendlichen zur Politik ist ein widersprüchliches. Einerseits stehen sie (Institutionen-)Politik zu einem hohen Prozentsatz distanziert bis desinteressiert gegenüber. Andererseits bekundet die überwiegende Mehrheit grundsätzliche Zufriedenheit mit der Demokratie. In der Jugendforschung wird die junge Generation daher treffend als eine Generation „passiver DemokratInnen“ bezeichnet.

Ein Grund für die Distanz liegt in der engen Auffassung, die Jugendliche von Politik haben. Jugendliche reduzieren Politik sehr stark auf medienvermittelte Parteien- und Institutionenpolitik, weshalb kaum Möglichkeiten der politischen Partizipation damit verbunden werden. Sie nehmen sich selbst häufig auch nicht als AdressatInnen von Politik bzw. Partizipationsangeboten wahr (Maier-Rabler/Neumayer 2008: 5). Jugendliche haben öfters den Eindruck, dass ihre altersspezifischen Bedürfnisse, Ängste und Interessen von PolitikerInnen ignoriert werden. Dabei ist die Einstellung der Jugendlichen gegenüber der Demokratie nicht negativer als in anderen Altersgruppen: Zwei Drittel der 14- bis 24-Jährigen sind sehr oder ziemlich zufrieden mit der Demokratie und halten sich für politisch interessiert. 60 % sind auch zu aktiver politischer Partizipation bereit (vgl. Filzmaier 2007: 187ff.). Aktive Partizipation in Politikfeldern, von denen sie sich selbst betroffen fühlen, wird von Jugendlichen als wichtig betrachtet (vgl. Perlot/Zandonella 2009: 443). Selbst aktiv werden Jugendliche am ehesten, wenn es um Themen wie Bildung oder Zukunftschancen geht, die für sie von unmittelbarer Relevanz sind (Großegger 2012: 2).

Das Handicap der Politik besteht also „nicht in grundsätzlicher Teilnahmslosigkeit Jugendlicher gegenüber gesellschaftspolitisch relevanten Thematiken, sondern in einer durch die Institutionenpolitik bzw. deren medialer Vermittlung provozierten und sich perpetuierenden Skepsis gegenüber allem, was begrifflich mit (Institutionen-)Politik assoziiert ist, bzw. allem, was Jugendliche gedanklich mit dem Thema (Institutionen-)Politik verbinden“ (Großegger 2008: 15). Dabei stehen Jugendliche politischer Bildung sehr offen gegenüber (Filzmaier/Klepp 2009: 346f.).

Themeninteressen

Jugendliche zeigen ein wenig ausgeprägtes Interesse an Formen traditioneller Politik. Einen hohen Stellenwert bei den Jugendlichen haben hingegen für sie lebensnahe Themen.

Freunde, Gesundheit und Familie sind für 80 % der österreichischen Jugendlichen sehr wichtig, ebenfalls eine hohe Relevanz wird den Themen Weiterbildung, Schule und Beruf zugesprochen, während Politik nur von 5 % als sehr wichtiges Thema eingestuft wird (Ulram 2007: 8). Diese Ergebnisse decken sich auch mit jenen aus der Jugendstudie von Maier-Rabler und Hartwig (2007), wonach ebenfalls persönliche und individuelle „Näthemen“ einen höheren Stellenwert einnehmen als „ferne Themen“ wie Jugendpolitik, Europa, Globalisierung (Maier-Rabler/Neumayer 2008: 5). Das politische Interesse junger Menschen kann folgendermaßen charakterisiert werden: „[...] kleinräumig, sehr flexibel, von Fall zu Fall, hochfluktuativ und einzelthematisch an Vorhaben und Projekten gebunden“ (Hafeneger 2001: 221).

Allerdings lässt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen Themeninteresse und Informationsdefizit feststellen: mehr Information führt auch zu mehr Interesse. Mehr

Information bzw. mehr Wissen über ein Thema macht dieses individuell wichtiger und erhöht auch die Bereitschaft, sich in diesem Feld zu engagieren. In Bezug auf Politik fühlt sich nach einer Studie von Filzmaier (2007) nur ein Drittel der Jugendlichen ausreichend informiert.

Mediennutzung

Die Art der Mediennutzung beeinflusst die Bereitschaft junger Menschen zu politischer Partizipation, wobei aktiv-rezeptive Medien wie Internet oder Zeitungen einen stärkeren Einfluss ausüben als passiv-rezeptive wie Radio und Fernsehen (Spannring/Ogris/Gaiser 2008). Zwar nutzen Jugendliche je nach Thema unterschiedliche Quellen, insgesamt dominiert aber das Internet als Informationsquelle. Generell gehören Jugendliche zu den IntensivnutzerInnen der Neuen Medien wie Internet und Mobilkommunikation. Wie eine Untersuchung der Internetkompetenz von 14-Jährigen in Österreich zeigt, surfen zwei Drittel dieser Altersgruppe täglich im Internet. Vier von fünf gaben an, soziale Netzwerke aktiv zu nutzen. Nur 5 % der Befragten gehören laut eigenen Angaben keinem Online-Social-Network an (vgl. Parycek/Maier-Rabler/Diendorfer 2010: 235). Auch Web 2.0 wird von den Jugendlichen bereits intensiv genutzt. So kennt zum Beispiel zwar erst ein Fünftel der Jugendlichen Wikis, diese nützen es jedoch in hohem Maße als Informationsquelle. Das lässt darauf schließen, dass vor allem Jugendliche in absehbarer Zeit mit fortschreitender Bekanntheit diese Technologien stark als Informationsquelle benutzen werden.

Junge Menschen nutzen das Internet anders als ältere Generationen (Livingstone 2003: 15–16). Sie nutzen es für künstlerischen und kreativen Ausdruck, erstellen selbst Inhalte und teilen diese mit anderen. Viele von ihnen sind Teil einer partizipativen Kultur. Es liegt also eine große Chance darin, die Web-Affinität von Jugendlichen, insbesondere für Web 2.0 und Soziale Netzwerke, für politische Beteiligung zu nutzen und der Politikverdrossenheit mit neuen Partizipationsangeboten zu begegnen.

PARTIZIPATIVE KULTUR

Nach Jenkins et al. (2009: 6f.) weist eine partizipative Kultur folgende Charakteristika auf:

1. geringe Schwellen zu künstlerischem Ausdruck und zivilgesellschaftlichem Engagement
2. starke Unterstützung für das Erstellen eigener Manifestationen und das Teilen dieser
3. eine Art informeller Mentorenschaft, wobei erfahrenere Mitglieder ihr Wissen weitergeben
4. Mitglieder, die überzeugt sind, dass ihr Beiträge zählen
5. Mitglieder, die eine gewisse soziale Verbundenheit verspüren

Partizipation und Partizipationsbereitschaft von Jugendlichen

Die Befunde zur politischen Partizipation Jugendlicher zeigen deutliche Unterschiede zu den Beteiligungsmustern früherer Generationen. Das Partizipationsverständnis der heutigen Jugend entfernt sich immer mehr vom klassischen Prinzip der politischen Beteiligung. Der tradierte Partizipationsbegriff ist eng verbunden mit klassischen, formalen politischen Aktivitäten. Vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Wandels, der auch jugendliche Alltagswelten erfasst, haben sich neue Interessen, Motive und Formen der Partizipation herausgebildet. Unkonventionelle Beteiligungsformen erfreuen sich größerer Beliebtheit. Partizipation findet immer häufiger „in einem individualisierten Kontext außerhalb gesellschaftlicher Institutionen und bezogen auf die kleinen sozialen Welten, in denen die Jugendlichen alltäglich agieren, statt“. In der Jugendforschung spricht man in diesem Zusammenhang von „Ent-Ideologisierung der Jugend und einem

Trend zu individualisiertem Engagement“ (Großegger 2008: 13). Laut Shell-Jugendstudie 2010 meinen 71 % der deutschen Jugendlichen, sich in Politik einzumischen, sei heute „out“ (Schneekloth 2010: 142). Politisches Engagement von Jugendlichen erfolgt nur mehr selten in Form von Mitgliedschaft in (partei-)politischen Organisationen. Viel eher greifen sie auf politische Artikulationsformen zurück, die es ermöglichen, „zu einem konkreten und für sie auch persönlich relevanten Thema ein spontanes politisches Statement abzugeben“ (Großegger 2012: 2).

Eine grundsätzliche Partizipationsbereitschaft ist dann festzustellen, wenn es konkrete Konsequenzen gibt und es andererseits um Themen mit hoher Relevanz für Jugendliche geht. Damit diese grundsätzliche Bereitschaft in tatsächliche Beteiligung und politisches Engagement übergeht, braucht es positive Partizipationserfahrungen. Entsprechende Angebote müssen auch im Unterricht geschaffen werden, denn die Schule ist jener Ort, an dem intendierte politische Sozialisation stattfindet (Pelinka 2006: 51).

Partizipation stellt einen Prozess des „social training“ für die Demokratie dar (Pateman 1970: 42), mit dem kaum früh genug begonnen werden kann, damit Bürgerinnen und Bürger persönliche Einstellungen und Eigenschaften entwickeln können. Partizipation ist mit einem Lerneffekt verbunden – unter einem psychologischen Aspekt, aber auch, um praktische Erfahrungen in demokratischen Prozessen zu erlangen. Es spricht also vieles dafür, bereits in der Schule eine partizipative Kultur zu fördern. Ausgehend von der Prämisse, dass jeder Beitrag zählt („every contribution matters“), soll die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Meinungen gefördert und gemeinsame Kompromissfindung eingeübt werden (Jenkins et al. 2009: 6).

Neue Medien und Politische Bildung. Web 2.0 als Werkzeug für differenziertes/selbstgesteuertes, motivierendes und kreatives Lernen

Demokratisches und partizipatives Lernen – Lernen und Lehren mit neuen Medien

Die jugendliche Mediennutzung verändert unsere traditionelle Schreib-Lese-Kultur nachhaltig. „Sie bringt neue Informationsgewohnheiten und Informationsstile hervor. Dies hat massive Konsequenzen für den Bildungsbereich wie auch für alle anderen Bereiche, in denen es um Information, Beratung oder auch Dialog mit Jugendlichen geht.“ (Großegger 2011b: 16)

Im konventionellen Unterricht vermitteln Lehrerinnen und Lehrer ihr Wissen an Schülerinnen und Schüler, die anschließend zeigen müssen, was sie gelernt haben. In diesem Ansatz ist Lehren zum Großteil proaktiv und Lernen größtenteils reaktiv. Ziel dieses Prozesses ist es, Inhalt zu vermitteln, und die größte Herausforderung liegt darin, die effektivsten Methoden dafür zu finden. Sicherlich partizipieren Schülerinnen und Schüler an diesem Prozess, aber das Ausmaß der Selbst- und Mitbestimmung ist gering. Dies entspricht den Mustern und Anforderungen einer Produktions- und Industriegesellschaft. In einer High-tech- und Wissensgesellschaft verliert diese Art des Lehrens und Lernens an Effizienz. SchülerInnen müssen darauf vorbereitet sein, ihr Wissen kontinuierlich zu erneuern und konstruktive Antworten auf wechselnde Probleme und Kontexte zu finden. Die didaktische Theorie reagierte darauf mit einem Paradigmenwechsel. Aufbauend auf Erkenntnisse aus den Neurowissenschaften und der kognitiven Psychologie werden im konstruktivistischen Lernparadigma Lernen als Prozess der Informationsverarbeitung und Lernende als aktiv agierende Individuen begriffen.

BLENDED LEARNING

bezeichnet eine Kombination aus traditionellen Methoden mit netzgestützten, interaktiven didaktischen Herangehensweisen. Dadurch sollen Aufmerksamkeit, Motivation und Lernerfolg gesteigert werden. (Berger/Kühberger 2008: 64)

MEDIATISIERUNG

meint die „Veralltäglicung medialer Kommunikation und ihre Verschränkung mit sozialen Handlungspraktiken und kultureller Sinnkonstitution“ (Hasebrink/Lampert 2011: 26).

Mediatisierung beschreibt die wachsende Bedeutung der Medien für Arbeit, Alltag und soziale Beziehungen. Medien spielen eine immer größere Rolle, weil sie für das kommunikative Handeln in der Gesellschaft verwendet werden und so die Wirklichkeit beeinflussen. (Krotz 2007)

Das konstruktivistische Lernparadigma und der Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien

Im Mittelpunkt des konstruktivistischen Lernparadigmas steht das situierte Lernen. Die zentrale Forderung besteht in der Ablösung des Frontalunterrichts durch einen möglichst praxisorientierten Unterricht. Durch das Schaffen von authentischen Lern- und Anwendungssituationen können Lernende das Wissen leichter in Alltagssituationen anwenden. Das geschieht am besten in gruppen- und teamorientierten Lernarrangements, denn Individuen lernen und handeln auch im Alltag miteinander. Bei einem Lernprozess handelt es sich immer um „geteiltes Wissen“, das bedeutet, jede und jeder Lernende bringt ihr/sein Wissen ein, Wissen wird ausgetauscht und so gemeinsam konstruiert. Deshalb kommt im konstruktivistischen Lernparadigma dem kollaborativen Lernen eine zentrale Bedeutung zu.

Die Rolle der Lehrperson gleicht mehr der eines Mentors/einer Mentorin, der oder die den Lernprozess begleitet, Orientierung, Unterstützung und Führung bietet, während SchülerInnen selbst Wissen erschließen, nutzen und schließlich kreieren. SchülerInnen werden aktive TeilnehmerInnen im Lernprozess.

Die Potenziale, die Neue Medien, allen voran das Internet, in Hinblick auf Multimediaalität und Interaktivität bieten, gilt es für die Unterstützung von Lernprozessen zu nutzen (Petko 2010). Das Internet verbindet visuelle, auditive, text- und bildhafte Information, wodurch eine neue komplexe Form der Wissensvermittlung entsteht. Damit einher geht auch ein intensivierter und vertiefter Austausch zwischen den Lernenden untereinander bzw. zwischen Lernenden und Lehrenden (ebd.: 10). „Lernende sind dabei nicht mehr nur Konsumentinnen und Konsumenten vorgefertigter Lernressourcen, sondern aktive Teilnehmende einer Wissensbildungsgemeinschaft.“ (ebd.: 15)

Die Jugendlichen verfügen in der Anwendung von Web-2.0-Applikationen mitunter über mehr Expertenwissen als ältere Generationen. Dieses Fachwissen muss als solches akzeptiert, gezielt gefördert und eingesetzt werden (Maier-Rabler/Neumayer 2008: 27). Doch gilt es auch hier zu differenzieren: Jugendliche unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Kompetenzen und der Art der Nutzung digitaler Medien beträchtlich. Die gezielte Förderung derer, die im Umgang mit neuen Technologien weniger versiert sind, ist unbedingt erforderlich, um zu verhindern, dass diese Jugendlichen den Anschluss an die Wissens- und Informationsgesellschaft verlieren.

Um auf die veränderten Anforderungen zu reagieren, die an junge Menschen in der Wissens- und Informationsgesellschaft gestellt werden, müssen sie verstärkt zu selbstgesteuertem Lernen angeregt werden. „Da medienbasierte Lernsituationen in hohem Maße selbstgesteuertes Lernen anregen beziehungsweise sogar fordern, scheinen diese Lernformen gerade im Hinblick auf erwartete Anforderungen gute Potenziale zu enthalten.“ (Meister 2004: 487)

Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) bieten große Chancen für die Umstellung auf ein konstruktivistisches Lernparadigma. Ein solcher Wandel findet mit dem Einsatz von IKT im Unterricht jedoch keineswegs automatisch statt, sondern er ist an vielfältige Bedingungen gebunden (Frey/Petko 2010: 54). Learning by doing und Experimentierfreudigkeit statt starrer Regeln sind laut der Studie von Livingstone (2002) für den Umgang mit Neuen Medien in den Schulen unbedingt notwendig.

„PoliPedia.eu“. Ein europäisches Jugenddemokratieprojekt

Partizipation ist der Schlüssel zu einer erfolgreichen Realisierung von Demokratie. Insbesondere gilt es, gerade die jüngere Generation auf die Herausforderung gelebter Demokratie aufmerksam zu machen und sie in den demokratischen Prozess aktiv einzubinden. Die Website www.polipedia.eu bietet ein webgestütztes Partizipationstool an, mit dem Jugendliche zu relevanten Themenbereichen arbeiten können. Im Folgenden werden die genannten Aspekte aufgegriffen und bearbeitet. Des Weiteren werden Funktionen der Website, der Leitgedanke und die Ziele von PoliPedia.eu näher ausgeführt.

Kollaboratives Arbeiten

Damit Demokratie funktioniert, braucht es Partizipation. Tagtäglich hat sich unsere Gesellschaft mit Aufgaben in den verschiedensten Politikbereichen auseinanderzusetzen. Um diese Herausforderungen bewältigen und ihnen auch gerecht werden zu können, braucht es das Interesse an Politik und das Engagement der Bürgerschaft für politische Prozesse.

Auch Jugendliche betreffen bestimmte politische Entscheidungen in großem Maße, und gerade deshalb – aber natürlich nicht ausschließlich – sollten sie im Bereich der politischen Bildung hinreichende Kompetenzen erwerben, um am demokratischen Miteinander mitwirken zu können. Es geht darum, dass Jugendliche sich Politik zu eigen



Jugendliche arbeiten zusammen an Themen rund um die Europäische Union
© Demokratiezentrum Wien

machen. Sie sollen Handlungsmöglichkeiten erkennen und ihre Möglichkeiten an einer aktiven Teilhabe erkennen.

Gesellschaftliche Teilhabe ist zum einen essenziell für eine lebendige Weiterbildung, zum anderen ist Partizipation ganz einfach die Grundlage für Demokratie. Eine Möglichkeit, Jugendliche zu Entscheidungsprozessen und gesellschaftlichen Ereignissen diskutieren zu lassen, ist die Internetplattform **www.polipedia.eu**.

Didaktische Grundsätze des Projektes

Grundgedanken und didaktische Grundsätze, die den Einsatz von PoliPedia.eu im Rahmen des Unterrichts rechtfertigen, sollen an dieser Stelle kurz angeführt und näher erläutert werden.

- ➔ Peer-to-peer
- ➔ Politische Kompetenz
- ➔ Die Wiki-Plattform
- ➔ Medienkompetenz
- ➔ Schülerorientierung

Im Rahmen des Projekts entsteht ein multimediales kollaborativ entwickeltes Online-Lehrbuch.

Peer-to-peer-Ansatz

Der innovative Zugang von **POLIPEDIA.EU** bietet Jugendlichen die Möglichkeit, Wissen über Themen der politischen Bildung miteinander (= peer-to-peer-Gedanke) zu entwickeln und zu nutzen. Schlussendlich geht es darum, dass Jugendliche vielfältige Wissensbausteine und Materialien rund um die Themen Demokratie, Politik und Partizipation für Jugendliche entwickeln. Dadurch soll ein „leichter“ Zugang zu „schweren“ Themen generiert werden. Des Weiteren geht es bei diesem Ansatz um Kommunikation unter Gleichen. Das Lernen voneinander und der kulturelle Austausch führen zu einem Schließen der information gap, der Informationskluft.

Kompetenzerwerb

Des Weiteren erwerben und festigen Jugendliche durch **POLIPEDIA.EU** Urteils- und Handlungskompetenz (= politische Kompetenz) und entwickeln ein eigenverantwortliches Partizipationsverhalten. Im Forum auf www.polipedia.eu können UserInnen sich zum Beispiel über bereits bestehende Einträge eine Meinung bilden beziehungsweise ihre eigene Meinung dazu kundtun. Von Selbstreflexion der BürgerInnen und deren Kritik lebt Demokratie, beides ist somit wichtig. Gerade durch die Möglichkeit zur aktiven Teilnahme am gesellschaftlichen Diskurs werden positive Partizipationserlebnisse geschaffen die in weiterer Folge die spätere Einstellung der Jugendlichen zu Partizipation im Allgemeinen mitbeeinflussen.

Die Wiki-Plattform

Die Wiki-Plattform **www.polipedia.eu** ist eine Plattform für all jene, die sich für Politik, Demokratie und Partizipation interessieren und mehr darüber in Erfahrung bringen möchten. Das Besondere hierbei ist jedoch nicht nur das sich selbst informieren Können über bestimmte Themen, sondern vor allem die Möglichkeit eines/einer jeden Einzelnen, den Inhalt der Seite mitzugestalten.

Medienkompetenz

POLIPEDIA.EU richtet sich im Prinzip an Jugendliche und junge Erwachsene, die nicht nur am Konsum gesellschaftsrelevanter Inhalte interessiert sind, sondern auch als ProduzentInnen von politisch-partizipativen Inhalten agieren möchten. Junge Menschen sollen im Rahmen von **POLIPEDIA.EU** also nicht nur für Demokratie und Politik begeistert werden, sondern auch partizipativ in die politische Bildung einbezogen werden. Durch Einträge der BenutzerInnen soll ein multinationales Online-Lehrbuch der politischen Bildung entstehen, auf das alle UserInnen zugreifen und zugleich auch am Inhalt mitwirken können.

Mit der Plattform erweitern Jugendliche auch ihre Medienkompetenz, ihr Wissen im Umgang mit den Medien. Das neu erworbene Wissen über den Umgang mit digitalen Medien geht dabei aber über das rein technische Verständnis einer Medienkompetenz hinaus. BenutzerInnen sollen durchaus auch lernen, Medien adäquat zu gebrauchen, konkret meint das, zu lernen, eine kritische Haltung im Umgang mit Medien und zu deren Gebrauch einzunehmen. Die neuen Erkenntnisse forcieren vielmehr den Willen, selbstständig, selbstaktivierend zu handeln, also die sogenannten Civic Skills, und bereiten somit auch den Weg zu einer weniger hierarchischen, stärker intrinsisch orientierten Lernkultur.

Als weiterer Schwerpunkt dieser Plattform gestaltet sich der Einsatz von Social Software im Rahmen politischer Bildung. Mit ihr, in diesem Fall **POLIPEDIA.EU**, soll Kompetenz für Social Media vermittelt werden. Medien sind allgegenwärtig, ihre Existenz fordert natürlich auch einen reflektierenden Umgang mit ihnen. Auch die digital natives, wie die Jugendlichen heute oftmals bezeichnet werden, benötigen eine Schulung ihrer Medienkompetenz. Daher ist auch die Medienkompetenz der Jugendlichen zu einem gesellschafts- und bildungspolitischen Schlüsselbegriff geworden. Wie bereits erwähnt, ist darauf zu achten, dass das Vorhandensein einer Technologie alleine noch keinen bewussten und kompetenten Umgang mit digitalen Medien nach sich zieht. So begründet allein die Nutzung des Internets noch keine ausreichende Fähigkeit zur aktiven politischen Beteiligung. Das Projektdesign versucht auch, die Informationskluft zwischen NutzerInnen und NichtnutzerInnen des www zu verringern. Durch nachhaltige Lernarrangements und die Vermittlung von Medienkompetenz sollen soziale oder bildungspolitische Barrieren überwunden werden.

Als **DIGITAL NATIVES** werden Personen bezeichnet, die mit digitalen Technologien (wie Computern, Mobiltelefonen, Internet, Spielekonsolen usw.) aufgewachsen sind, im Gegensatz zu den digital immigrants, die mit diesen Technologien erst im Erwachsenenalter in Berührung gekommen sind. (Palfrey/Gasser 2008)

Denn wenn es Jugendlichen gelingt, einen angemessenen Umgang mit digitalen Medien zu erlernen, erhalten sie die Basis, als mündige/r BürgerIn agieren zu können.

Schülerorientierung

Einzusätzliches Motiv von **POLIPEDIA.EU** ist die Schaffung eines Lernumfelds, das schülerorientiert arbeitet (= Schülerorientierung). Dabei geht es in erster Linie darum, auf die Wünsche der SchülerInnen einzugehen, sie selbst sollen Themen einbringen, über die sie mehr in Erfahrung bringen möchten. In diesem Prozess arbeiten LehrerInnen und SchülerInnen auf Augenhöhe zusammen. Die Rolle der Lehrperson steht hier im Gegen-

satz zum Unterrichtsalltag. Sie tendiert dazu, sich moderierend in den Vorgang miteinzubeziehen, und ist primär dafür verantwortlich, als Coach zu agieren, der dieses Lernumfeld herstellt.

Ziele des Jugendpartizipationsprojektes

An dieser Stelle noch ein kurzer Abriss der Zielsetzungen von **POLIPEDIA.EU**: Im Großen und Ganzen soll ein Online-Lehrbuch zu Themen der politischen Bildung entstehen. Es handelt sich hier jedoch um keine Enzyklopädie, sondern um eine Wiki-Plattform, auf der jederzeit Änderungen vorgenommen werden können. Das bedeutet natürlich auch, dass jede Userin/jeder User eine gewisse Verantwortung mitträgt.

Um möglichst viele Jugendliche und junge Erwachsene in das Projekt einbinden zu können, einigte man sich darauf dass die Beiträge in Englisch verfasst werden sollten. Was natürlich bedeutet, dass die BenutzerInnen auch ihre Fremdsprachenkenntnisse erweitern können. Im Rahmen der zunehmenden Globalisierung ist das sicher von Vorteil.

Inhalte dieses modernen Lehrbuchs werden gemeinsam erarbeitet und somit den Jugendlichen auch schmackhaft gemacht. UserInnen der Internetseite **www.polipedia.eu** schreiben und nutzen Einträge und werden somit zu „ProsumentInnen“, Produzieren und Konsumieren der Inhalte schließen einander nicht mehr aus. BenutzerInnen der Plattform **www.polipedia.eu** werden somit zugleich ProduzentInnen (HerstellerInnen) und KonsumentInnen (VerbraucherInnen) von politischen Beiträgen. Des Weiteren soll die Funktion „History“, mit der man die verschiedenen Versionen eines Eintrags im Verlauf der Geschichte nachverfolgen kann, für Transparenz sorgen.

Nicht zuletzt sei noch die gemeinsame Verantwortung für die Beiträge auf **www.polipedia.eu** erwähnt. Die Rubrik „Netiquette“ legt Grundregeln fest, nach denen Einträge verfasst werden sollen. Das soll nicht die Gestaltung von Inhalten erschweren, sondern diese Regeln sollen garantieren, dass das Beigesteuerte informativ, aktuell und richtig ist. Nachdem jede/r BenutzerIn die Wiki-Einträge überarbeiten und kommentieren kann, übernimmt er dadurch auch für die Qualität der Inhalte Verantwortung.

Features

Wie bereits angeführt, geht es bei PoliPedia.eu darum, gesellschaftsrelevante politische Themen aufzugreifen und multimedial zu erarbeiten.

Mittels Wiki-Einträgen, Kommentaren und Multimediabausteinen soll der Inhalt auf **POLIPEDIA.EU** stets erweitert werden und als multimediales Online-Lehrbuch für politische Bildung gelten, welches von jedem/jeder mitgestaltet werden kann. Der Kreativität sind dabei keine Grenzen gesetzt. Wiki-Beiträge erlauben beispielsweise das gemeinsame Erstellen von Texten zu einem bestimmten Thema, Multimediabausteine wie Audio- und Videobeiträge können diese beliebig erweitern. Eine zentrale Funktion, gerade auch im Hinblick auf Meinungsbildung und -austausch, bietet das Forum, es bereitet den Boden für Diskussionen mit anderen BenutzerInnen.

Auf diese Weise soll es gelingen, den SchülerInnen bestimmte Thematiken besser und praxisnaher zu vermitteln, weil sie Freude an der Arbeit daran finden. Eine Verschiebung

vom rein inhaltlichen Fokus auf bestimmte Themenbereiche zu einer Fokussierung auf Inhalt und Kreativität scheint nachhaltig erfolgversprechend zu sein.

Workshopkonzept des Projektes

Wenn junge Menschen aus vier verschiedenen Städten, zwei verschiedenen Ländern, mit jeweils unterschiedlichem Bildungshintergrund und einer heterogenen Altersstruktur zusammenarbeiten, erfordert dies eine klar strukturierte Vorgehensweise.

Aus diesem Grund wurde ein Rotationssystem eingeführt, das sicherstellte, dass jedes Thema von jedem Partner, jeder Partnerin behandelt wurde. Dazu wurde ein Zeitplan für die Themenübergabe erstellt. Das Rotationsprinzip hatte auch den Zweck, das kollaborative Arbeiten zu fördern. Die TeilnehmerInnen sollten nicht isoliert voneinander Artikel zu einem Thema verfassen, sondern von anderen Gruppen erstellte Beiträge überarbeiten, ergänzen, mit Medienelementen versehen oder kommentieren und so den Inhalt von **POLIPEDIA.EU** kontinuierlich verbessern. Dadurch wurde eine aktive und kreative Auseinandersetzung mit den vorhandenen Inhalten gefördert und den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Scheu genommen, von anderen erstellte Inhalte zu verändern.

Um die Themenübergabe reibungslos ablaufen zu lassen, wurden verschiedene Mittel eingesetzt: Eine Arbeitsgruppe drehte etwa ein Video, in dem sie ihre Arbeit zum Thema vorstellte, und die Jugendlichen aus Wien und Salzburg tauschten sich via Skype-Videokonferenz darüber aus, wo es noch Verbesserungen oder Ergänzungen bedurfte. Außerdem wurden die Workshops auf Facebook dokumentiert und so alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf dem Laufenden gehalten.

Zusätzlich zu vier Themenbereichen wurden vier verschiedene Aspekte festgelegt, unter denen die Auseinandersetzung mit den Themen erfolgen sollte. Diese spiegeln auch unterschiedliche Kompetenzen wider, die jeweils gefragt und gefördert werden.

Facts: Zunächst sollte zu jedem Thema grundlegendes Sachwissen gesammelt werden. Darunter fallen die zentralen Begriffe, Kategorien und Daten, die für das Verständnis und die weitere Auseinandersetzung mit einem Thema notwendig sind. Dieses Sachwissen bietet sozusagen den harten Kern eines Themas und entspricht am ehesten einem klassischen Lexikoneintrag.

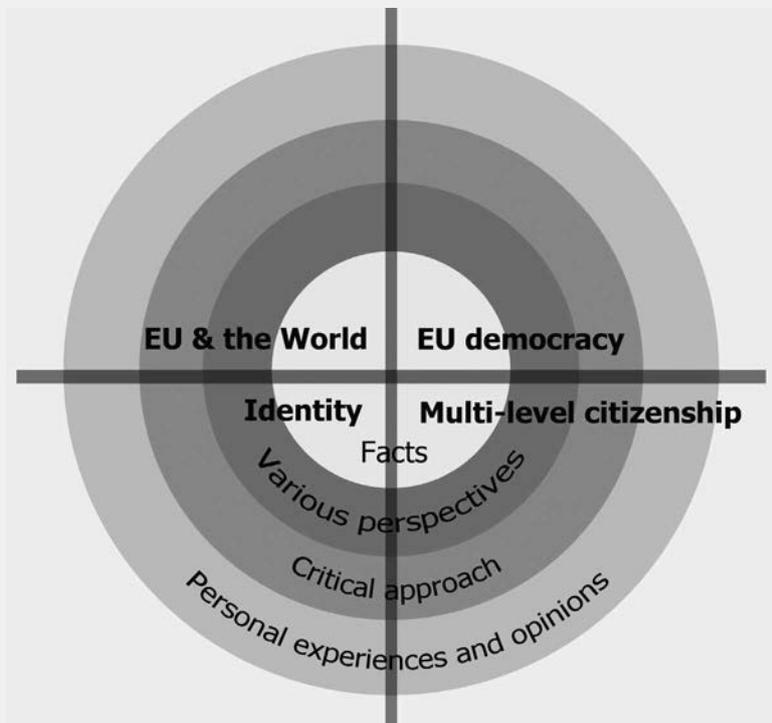
Various perspectives: Auf dieser Ebene werden verschiedene Zugänge zu einem Thema behandelt. Das können Ansätze aus verschiedenen Disziplinen sein (wie beim Beispiel „Identity“ Ansätze aus der Psychologie oder den Sozialwissenschaften) oder unterschiedliche Konzepte etwa von citizenship oder democracy.

Critical approach: Um die Urteilskompetenz zu fördern, sollte eine kritische Auseinandersetzung mit den jeweiligen Themen erfolgen, insbesondere medial vermittelte Darstellungen sollten kritisch hinterfragt werden.

Personal experiences and opinions: **POLIPEDIA.EU** ist viel mehr als ein Online-Lexikon. Ein wichtiges Anliegen ist es auch, jungen Menschen die Möglichkeit zu bieten, ihre persönlichen Erfahrungen und Ansichten darzustellen. Die Fähigkeit, die eigene Position zu formulieren und zu reflektieren sowie andere Sichtweisen zu verstehen und aufzugrei-

fen, ist ein zentrales Ziel politischer Bildungsarbeit. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer formulierten ihre persönlichen Ansichten im Forum, in Kommentaren zu Beiträgen, oder in Wiki-Einträgen. Ist Letzteres der Fall, müssen diese Wortmeldungen ausdrücklich als persönliche Meinung gekennzeichnet werden.

Grafische Darstellung der 4 Ebenen aller Themen):



Die vier Themen

- ➔ EU & world
- ➔ EU democracy
- ➔ Identity
- ➔ Multi-level citizenship

wurden in einem Polilog von Jugendlichen verschiedener Altersstufen, Workshoptrainern und Projektverantwortlichen in Wien, Salzburg, Ljubljana und Maribor entwickelt. Damit soll der heterogenen Zusammensetzung der künftigen UserInnen Rechnung getragen werden.

Insgesamt gelangt durch die Arbeit mit **POLIPEDIA.EU** ein sehr breites Methodenspektrum zur Anwendung. Dadurch wird eine Vielzahl an Fähigkeiten und Kompetenzen gefördert, etwa die Suche, Bewertung und Auswahl von (Online-)Quellen; das Durchführen von Interviews, die Erstellung von Medien (Audios, Videos, Grafiken etc.); die Artikulation von Meinungen, und die Nutzung von (digitalen) Medien, um diese darzustellen und zu verbreiten; Diskussionen online und offline.

Beim ersten Kontakt mit PoliPedia.eu stellen Lehrende und Lernende meist die Frage nach den bereitgestellten Inhalten. Nun sind die Inhalte von PoliPedia.eu grundsätzlich dynamisch und werden im Lauf der Zeit erweitert und abgewandelt, andererseits erleichtern es bereits anfangs vorgegebene Inhalte neuen NutzerInnen, mit der Arbeit mit und an **POLIPEDIA.EU** zu beginnen. Daher werden auf **POLIPEDIA.EU** allen Lehrenden und Lernenden im Rahmen des EU-Projekts als Ausgangsbasis Beispielthemen in vier Kategorien zur Verfügung gestellt.

Thema: EU & world

EU & world ist die am weitesten gefasste Themenkategorie. Sie bietet einen Startpunkt für Artikel, die sich den vielfältigen Formen der globalen Verflechtung widmen. Hier werden Regierungsorganisationen gleichermaßen behandelt wie regierungsferne und regierungskritische Akteursgruppen. Globale Entwicklungsziele und davon abweichende Tendenzen finden hier ebenso Platz wie die harte Knochenarbeit von NGOs rund um den Erdball. Eine besondere Herausforderung in dieser Themenkategorie ist die bewusste Herstellung eines Europabezuges. Armut und Chancenungleichheit in der südlichen Hemisphäre sollen nicht als ein nur weit entferntes Problem eingeordnet, sondern im Kontext der Europäischen Union thematisiert werden. Im Mittelpunkt der Kategorie stand der Begriff der Globalisierung, der gleichnamige Artikel „Globalisation“ (polipedia.eu → categories → EU & world → globalisation) liefert einen umfassenden Überblick zur Thematik.

Definition von Globalisierung

„Allgemein kann man **Globalisierung** als Bezeichnung für den Prozess einer zunehmenden internationalen Verflechtung in allen Lebensbereichen, insbesondere der Wirtschaft, Kommunikation, Politik, Kultur und Umwelt verstehen. Dieser Verflechtung sind alle Individuen, Gruppen, Gesellschaften und Institutionen und somit auch Staaten unterworfen.

Die Konsequenzen mögen für alle Genannten regional und inhaltlich unterschiedlich sein, in ihren grundsätzlichen Auslösern können jedoch Gemeinsamkeiten erkannt und ausdifferenziert werden. Globalisierung kann man aber nicht nur an exponentiell gestiegenen Verflechtungen festmachen, sondern auch an der Intensität, Geschwindigkeit und Beschleunigung diesbezüglicher Prozesse. Themenbezüglich kann man eine Globalisierung der Wirtschaft von jener der Politik unterscheiden, die der Kultur von jener der Umwelt differenzieren.“ (Dvorak/Mückler 2011: 119)

Solche internationalen Verflechtungen schaffen eine breite Palette an neuen Herausforderungen für die einzelnen politischen Systeme auf nationaler Ebene. Mit einer steigenden Internationalisierung ist ein Schwinden der Bedeutung von Nationalstaaten und deren Staatsgrenzen einhergegangen und neue transnationale Akteure haben an Bedeutung gewonnen. Überlegungen solcher Art haben die Jugendlichen den Artikel „Globalism“ (polipedia.eu → categories → EU & world → globalism) gewidmet, der diese Theorien der internationalen Beziehungen näher beleuchtet.

Neben zahlreichen weiteren Beiträgen zu den oben angeführten Problemstellungen beschäftigt sich der Artikel „Ecologism“ (polipedia.eu → categories → EU & world → ecologism) eingehender mit der Thematik des Umweltschutzes und mit dem Verhältnis des Menschen zur Natur. Er erläutert den Begriff „Ökologismus“ als politische Ideologie und dessen Entwicklung und seine unterschiedlichen Ausformungen. Er diskutiert die Plünderung des Planeten und die Zerstörung der Natur vor dem Hintergrund einer eher ernüchternden umweltpolitischen Bilanz auf globaler Ebene.

Die Tatsache, dass die Welt vorwiegend aufgrund ökonomischer Machtverhältnisse in verschiedene Bereiche geteilt ist, lässt sich nur schwer ignorieren. Die Jugendlichen verweisen mit dem Artikel „Asymmetric wealth distribution and power relations“ auf eine solche Polarisierung und Spaltung der Welt, basierend auf einer ungleichen Verteilung des ökonomischen Wohlstandes, und demzufolge auch auf ein Missverhältnis an Macht und Einflussnahme bei Entscheidungen, die nationale Staatsgrenzen überschreiten.

Im Rahmen dieses ersten Themenschwerpunktes galt das besondere Interesse der Jugendlichen den bestehenden und sich zusehends ausweitenden gesellschaftlichen

Klüften, dem sich weiter verschärfenden Nord-Süd-Gefälle sowie auch neuen ins Bild tretenden Ungleichheiten. Der ökonomische Globalisierungsprozess bringt auf nationaler sowie internationaler Ebene eine starke soziale Polarisierung mit sich. Demzufolge wurde intensiv zu diesem Themenkreis gearbeitet und es wurden zahlreiche Artikel verfasst.

Im Zeitalter der Globalisierung, in dem massive Ökonomisierung, die Ausweitung des Marktes in immer mehr gesellschaftliche Bereiche und drastische Kapitalisierung das alltägliche Leben prägen, ist ein funktionierender Sozialstaat zum Schutz der Familien und Individuen umso unverzichtbarer geworden. Die Jugendlichen haben vermehrt die Befürchtung geäußert, dass die Entwicklung des Sozialstaates nur schwer mit den sich wandelnden Lebensbedingungen Schritt halten kann, und deshalb die Frage gestellt, ob der Staat in Zukunft noch dazu fähig sein wird, die Rolle des vor- und nachsorgenden Sozialstaates zu füllen.

Auf der Suche nach neuen Akteuren zur Krisenbewältigung sind die Jugendlichen rasch auf Nichtregierungsorganisationen als grenzüberschreitende InteressenvertreterInnen und als mögliche VermittlerInnen zwischen Markt, Staat und Volk gestoßen und wir haben uns eingehender mit nichtstaatlichen Organisationen, deren Funktion und Möglichkeiten auseinandergesetzt.

Thema: EU democracy

EU democracy ist eine Themenkategorie, welche ihr Augenmerk auf die politischen Akteure und Prozesse innerhalb der Europäischen Union richtet. Die klassische Institutionenlehre wird dabei um realpolitische wichtige Einflussfaktoren im Bereich des Lobbyings sowie um Medien und Zivilgesellschaft bereichert. Zusätzlich fließen hier die Leitideen des antiken und modernen Demokratiedenkens ein. Artikel über etablierte demokratische Strukturen werden um reformorientierte Ansätze erweitert.

Dieser Themenschwerpunkt sollte den Jugendlichen zu Beginn erst einmal einen Überblick über das politische System der Europäischen Union verschaffen, um davon ausgehend seine Funktionsweise, verschiedene politische Systeme und Vorstellungen von Demokratie sowie verwandte Themen eingehender zu diskutieren. Der Artikel „*EU institutions and power relations*“ liefert einen solchen Überblick und umreißt die jeweiligen Eigenschaften und Handlungsbereiche zentraler EU-Institutionen.

Anhand einer Simulation sollte den TeilnehmerInnen die Art und Weise, wie innerhalb der Europäischen Union Gesetze zustande kommen, veranschaulicht und greifbarer gemacht werden. Das Planspiel „*Simulation: Turkey joins the EU*“ (s. Seite 45) soll einen Eindruck von einem solchen, im Rahmen eines Seminars abgehaltenen Planspiels verschaffen. Außerdem wurden sowohl verschiedene Wahlsysteme und Regierungsformen als auch Parteien und Parteiensysteme genauer untersucht, besprochen und miteinander verglichen, was beispielsweise in Artikel wie „*Electoral systems and governmental styles*“ und „*Parties and party systems*“ mündete.

Jean-Jacques Rousseaus „Vom Gesellschaftsvertrag oder Prinzipien des Staatsrechts“ ist eines der Schlüsselschriften der Aufklärung sowie wegbereitend für heutige Demokratieformen und politische Theorien des 19. und 20. Jahrhunderts in ganz Europa. Um einen historischen Brückenschlag zu schaffen, widmeten ihm die Jugendlichen im Artikel „*Ancient and Contemporary Ideals of Democracy*“ ein extra Unterkapitel.

Der zweite Themenblock warf bei den Jugendlichen zunächst grundlegende Fragen zur Funktionsweise des politischen Systems der Europäischen Union und deren Institutionen auf, was nach und nach Niederschlag in den von den Jugendlichen verfassten Artikeln gefunden hat. Mit einem interaktiv angelegten Planspiel wurde daraufhin versucht, den Jugendlichen die Art und Weise, wie innerhalb der Europäischen Union Gesetze zustande kommen, spielerisch näherzubringen.

Hierauf und auf die Diskussion über ein Demokratiedefizit innerhalb der EU aufbauend wurden vermehrt Fragen zur Demokratie als solcher laut. Folglich haben wir uns ausführlicher mit deren Geschichte, verschiedenen Demokratieformen und Denkschulen sowie aktuellen Problematiken befasst.

Thema: Identity

Identity wurde von Seiten der Jugendlichen als Themenkategorie eingefordert. Ausgangspunkt sind die vielfältigen Formen und Konzepte von Identität. Diese erstrecken sich von persönlichen Identifikationen mit dem unmittelbaren Umfeld über regionale und nationale Zugehörigkeitsgefühle bis hin zu kulturellen Wertvorstellungen. Themen der gesellschaftlichen Inklusion und Exklusion können hier angeschlossen werden. Viele Jugendliche empfinden die Themenkategorie Identity emotional packender als sachliche Themen wie beispielsweise das der Institutionenlehre. Daher ist diese Kategorie besonders gut geeignet für Gruppenarbeiten im Erstkontakt mit PoliPedia.

Die Motto der Europäischen Union lautet „In Vielfalt geeint“. Sowohl die Bedeutung dieses Mottos als auch die Frage, ob die Union einer ausgeprägten gemeinsamen „europäischen“ Identität bedarf und was unsere Identität eigentlich ausmacht, sollten nun debattiert werden. Im Artikel „European identity“ werfen die Jugendlichen identitätspolitische Fragestellungen auf und befassen sich näher mit dem problematischen Begriff der Identität.

In zwei weiteren Artikeln, „Erikson’s concept of identity“ und „Habermas’s concept of identity“, werden zwei populäre Konzepte vorgestellt: Zum einen jenes des deutsch-nordamerikanischen Psychoanalytikers Erik Erikson, welcher ein Stufenmodell geschaffen hat, das die Entwicklung der Identität vom Kindes- bis hinein ins Erwachsenenalter aufzeigen soll. Der zweite Artikel widmet sich Jürgen Habermas’ Identitätskonzept. Er unternahm den Versuch, das Konzept der Ich-Entwicklung auf die Sozialwissenschaften zu übertragen.



Poster zum Europatag 2005
© Europäische Union, 1995–2013

Der dritte Schwerpunkt hat die Jugendlichen vor allem über eine „europäische“ Identität und das Selbstverständnis von einzelnen Individuen und Gruppierungen nachdenken lassen. Hier wurde bewusst Raum für die Diskussion und Schilderung eigener Erfahrungen und Auffassungen eingeräumt. Des Weiteren haben sich die Jugendlichen intensiv mit der Fragestellung befasst, wie einzelne kulturelle Identitäten vor

dem Hintergrund von rasanten und tief in unseren Alltag hineinreichenden Veränderungen im Zuge der Globalisierung und bei einem solch verzweigten Zusammenwirken verschiedener Kulturen und überregionaler Kontakte noch beibehalten werden können.

Thema: Multi-level citizenship

Multi-level citizenship ist eine verbindende Themenkategorie. Über die Thematisierung unterschiedlicher BürgerInnen-Rechte und politischer Kulturen verbindet sie die beiden Themenkategorien Identity und EU democracy. Letztere greift bereits auf diesen vierten Block vor, da – obwohl demokratische Rechte und Staatsbürgerschaft sich von einer kulturellen Identität abgrenzen – die Identität sehr wohl Einfluss auf den Erwerb und die aktive Ausübung einer Staatsbürgerschaft nehmen kann (mögliches Beispiel: die Lebenssituation von Menschen binationaler Herkunft).

Den Jugendlichen sollte vermittelt werden, dass Faktoren wie die Globalisierung, die Entwicklung von supra-nationalen Gemeinwesen und ein sich wandelnder Wohlfahrtsstaat es notwendig machen, herkömmliche Konzepte der Staatsbürgerschaft als Kernstück der meisten demokratischen Regierungsformen neu zu denken. Die meist sehr unterschiedlichen Erfahrungen mit *citizenship* auf verschiedenen politischen Ebenen, die Jugendliche in den Unterricht mitbringen, bergen Potenzial für reichhaltige Diskussion und großes Engagement.

Das Finden einer allgemein gültigen begrifflichen Definition und das Erreichen eines Konsenses über Bedeutung und Natur der Staatsbürgerschaft erweisen sich als äußerst kompliziert. Das Konzept der Bürgerschaft ist abhängig vom jeweiligem Staat und dem politischen System. Der Artikel „*Citizenship*“ liefert eine Übersicht über die begriffliche Definition und den Ursprung des Terms Bürgerschaft, über verschiedene Typen von Bürgerschaft, einen kritischen Ansatz und eine abschließende persönliche Meinung.

Aus dieser Diskussion heraus ist eine Vielzahl an thematisch verwandten Texten entstanden. „*E-Participation*“ beispielsweise ist ein umfassender Beitrag der Jugendlichen zu einem verhältnismäßig jungen Verfahren, der Beteiligung von BürgerInnen an politischen Entscheidungsprozessen durch die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien.

„*Women and citizenship*“ diskutiert das Verhältnis von Frauen zu Staatsbürgerschaft und ihre diesbezügliche Geschichte. Moderne feministische Forderungen richten sich vermehrt gegen die Benachteiligung von Frauen im ökonomischen, sozialen und politischen Leben.

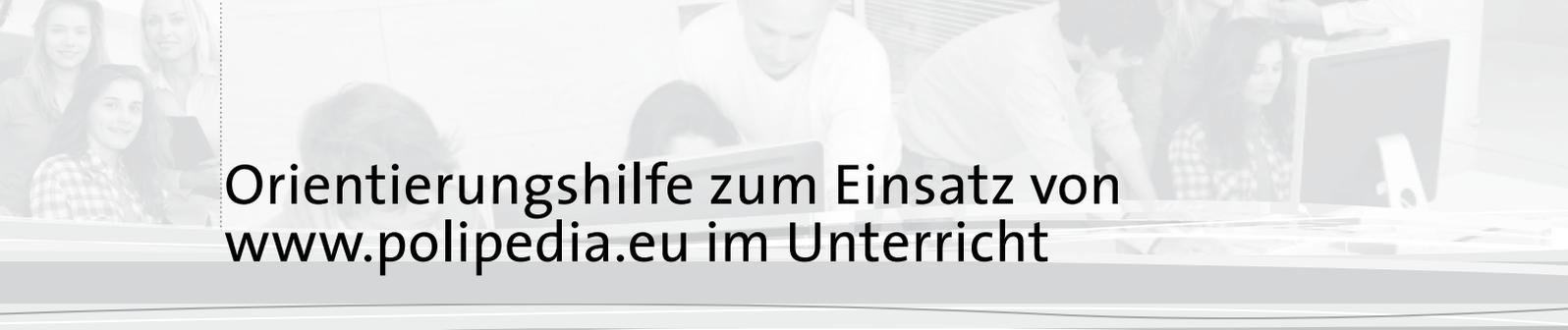
Die Europäische Union ist weder ein Staat noch eine internationale Organisation, sondern stellt eine neue Form des supranationalen Gemeinwesens dar. Dies schafft die Notwendigkeit eines umfassenderen Verständnisses von Bürgerschaft unter Einbeziehung der damit verbundenen Rechte, von Mitgliedschaft und Partizipation. Wer die Bürgerschaft eines EU-Staates besitzt, ist gleichzeitig auch UnionsbürgerIn. Der Themenblock „Multi-level citizenship“ warf bei den Jugendlichen demnach mehrere Fragen dazu auf, was es eigentlich bedeutet, diese die Staatsbürgerschaft ergänzende Unionsbürgerschaft zu besitzen. In den Themenkreisen haben wir uns davon ausgehend mit verschiedenen Partizipationsmöglichkeiten und bereits bestehenden Projekten zur Unterstützung der Förderung einer aktiven europäischen Bürgerschaft auseinandergesetzt.

Qualitätssicherung

Ein Wiki wie **POLIPEDIA.EU** erlaubt es jeder und jedem, sich zu beteiligen. Die NutzerInnen haben somit erheblichen Einfluss nicht nur auf die Gestaltung der Inhalte, sondern auch auf die Struktur der Plattform, indem sie (interne) Links setzen, neue Seiten anlegen und Beiträge unterschiedlichen Themen zuordnen. Auch der allgemeine Themenbaum kann, in Absprache mit den ModeratorInnen der Wiki-Plattform, neu definiert werden. Diese Offenheit macht einerseits die Faszination von Wikis aus, birgt andererseits aber auch gewisse Risiken. Dennoch zeigt die Erfahrung von zahlreichen Wiki-Plattformen, dass Vandalismus und mutwillige Schädigungen nur selten vorkommen und eine weit geringere Rolle spielen als oftmals angenommen.

Die Tatsache, dass viele Menschen die Plattform besuchen und unmittelbar auf Fehler oder Falschinformation reagieren können, ist ein wichtiger Aspekt der Qualitätskontrolle (Netiquette auf S. 27). Die Verantwortung der UserInnen für die Inhalte erstreckt sich zwar primär, aber nicht ausschließlich auf die selbst erstellten Inhalte. Alle UserInnen sind dazu aufgefordert, Inhalte, die nicht den Qualitätskriterien entsprechen, fehlerhaft sind oder nur einseitige Information enthalten, entweder selbst zu verbessern oder auf die Mängel aufmerksam zu machen (z.B. in Form eines Kommentars oder durch direkte Kennzeichnung im Beitrag).

Auch wenn bislang sehr positive Erfahrungen mit dieser Form der verantwortungsvollen Kontrolle durch die UserInnen gemacht wurden, übernehmen das Demokratiezentrum Wien und das ICT&S Center als Projektbetreiber letztendlich die Verantwortung für die Qualitätssicherung. Eine wichtige Rolle in der Qualitätssicherung kommt den PoweruserInnen zu, die weitgehend selbstständig, teilweise in Absprache mit den ProjektbetreiberInnen, regelmäßig neue Beiträge, aber auch Kommentare und Forumsbeiträge überprüfen. Neben formalen Aspekten wie Orthographie und Quellennachweisen kontrollieren die PoweruserInnen die Inhalte auf **POLIPEDIA.EU** auch auf ihre Übereinstimmung mit den in der Netiquette festgelegten Grundsätzen. Ein weiterer Aspekt, auf den die PoweruserInnen achten, ist die mögliche Verletzung von Lizenz- und Urheberrechten.



Orientierungshilfe zum Einsatz von www.polipedia.eu im Unterricht

Dieser Abschnitt soll einen Beitrag zum besseren Verständnis im Umgang mit www.polipedia.eu leisten. Hier ist nachzulesen, wie die Registrierung auf der Webpage erfolgt, Texteinträge erstellt und Fotos, Dateien und Videos hinzugefügt werden können, welchen Richtlinien diese unterliegen, wie UserInnen sich innerhalb der Community verhalten sollen, was es mit der Kommentarfunktion auf sich hat und wie das Forum als Plattform für den Austausch und Anregungen gebraucht werden kann.

REGISTRIERUNG UND ANMELDUNG

Die Beiträge auf www.polipedia.eu sind im Internet für alle frei zugänglich und abrufbar, ganz gleich, ob es sich dabei um Wiki-Einträge oder Multimediabausteine handelt. Um auf der Seite selbst Einträge zu verfassen, im Forum zu posten oder die Kommentationsfunktion zu gebrauchen, ist vorerst aber eine kostenlose Registrierung nötig. Selbstverständlich erfolgt dies unter Wahrung des Datenschutzes und der Anonymität. BenutzerInnen müssen lediglich einen Benutzernamen, ein Passwort und ihre E-Mail-Adresse angeben und schon kann es losgehen. Wie das genau geht, ist im Anschluss nachzulesen.

DAS ERSTELLEN VON TEXTBEITRÄGEN AUF WWW.POLIPEDIA.EU

Nach erfolgreicher Erstregistrierung ist bei jedem weiteren Besuch der Seite www.polipedia.eu das Anmelden mit dem vorhandenen Account möglich. Hierzu muss man beim Abrufen der Webpage einfach erneut in der Titelleiste auf „Login“ klicken und sich mit dem vorhandenen Benutzernamen und dem ausgewählten Passwort einloggen.

Erstregistrierung auf www.polipedia.eu step by step

1. www.polipedia.eu im Web-Browser aufrufen
2. In der Titelleiste auf „Login“ klicken → Anmeldefenster öffnet sich
3. Auf den Button „Register“ klicken → Registrationsfenster öffnet sich
4. Username (Benutzername) und Password (Passwort) auswählen und bestätigen. Anschließend eine gültige E-Mail-Adresse eingeben.
5. Im Posteingang der angegebenen E-Mail-Adresse nachsehen. Hier sollte sich nun ein E-Mail befinden, das einen Link zur Aktivierung enthält. (→ Tipp: Auch den Spam-Ordner checken!)
6. Link zur Aktivierung anklicken
7. Ein neues Fenster mit www.polipedia.at öffnet sich nun automatisch. Der/die UserIn ist bereits eingeloggt.

Erstellung eines neuen Beitrages step by step

1. **Anmelden:** Seite aufrufen, einloggen. → Achtung: Markierung der Box „Remember me“ nicht vergessen, ansonsten erfolgt ein automatisches Ausloggen nach einer Stunde. Beim Schreiben und Bearbeiten von Artikeln kann es sonst passieren, dass dann alles automatisch gelöscht wird.
2. **Neuen Wiki-Eintrag erstellen:** In der linken Navigationsspalte auf „New article“ klicken → Den gewünschten Titel des Artikels eingeben, auf „Create“ klicken.
3. **Text schreiben:** „Edit page“. Wiki-Einträge geben Informationen wieder, der Verfasser/ die Verfasserin soll darauf achten, einen neutralen Standpunkt einzunehmen und seine Fakten und Erkenntnisse so zu präsentieren, dass sowohl BefürworterInnen als auch GegnerInnen den publizierten Text tolerieren können. Zitate, Textstücke und ähnliches Gedanken- und Wissensgut von anderen Internetseiten oder aus Büchern, die in den Eintrag eingefügt werden, sind zu zitieren. (Vollständiger Link mit dem Abrufdatum der Seite oder bei schriftlicher Literatur den Namen des Autors/der Autorin und den Titel der Quelle sowie die Seitenangabe.) Dies ist nötig, um die eingeforderte Transparenz wahren zu können.
→ Beim Verfassen des Eintrags soll darauf geachtet werden, dass die Textlänge eine Bildschirmseite nicht übersteigt, damit ein Scrollen der Seite vermieden wird. Sollte der Eintrag jedoch um einiges länger sein bzw. mehrere Unterpunkte beinhalten, ist es vorteilhafter, ihn in mehrere kleinere Einträge (mit entsprechenden Titeln) aufzuteilen.
4. **Themenzuordnung mittels Button „Edit categories“:** Im nächsten Schritt wird der Eintrag mindestens einem existierendem Themenblock der Seite zugewiesen. Hierzu auf den Button „Edit categories“ oberhalb des Textfeldes klicken. Mindestens ein passendes Thema auswählen. → Achtung: Wird dieser Schritt vergessen, scheint der Artikel auf der Website nicht auf! Sollte dies dennoch passiert sein, den Artikel im Suchfeld suchen und im Anschluss verändern.
5. **Vorschau und Speichern des Artikels:** Mit einem Klick auf den Button „Preview“ kann der geschriebene Artikel vorab angesehen und eventuell noch verbessert oder ins richtige Layout gesetzt werden. Wenn der Artikel allen Kriterien und Wünschen entspricht, wird er durch einen Klick auf den Button „Save“ auf www.polipedia.eu gespeichert und ist ab sofort abrufbar. (→ Achtung: Durch das Anklicken von „Preview“ allein ist der Artikel noch nicht gespeichert! Also nicht vergessen, im Anschluss daran auf „Save“ zu klicken!

Weitere Infos dazu gibt es auf www.polipedia.eu und per E-Mail unter team@polipedia.at.

ERWEITERUNG DER BEITRÄGE DURCH FOTOS, DATEIEN ODER VIDEOS

Um Fotos, Dateien oder Videos im Text anzeigen zu lassen, muss man auf „Edit Page“ klicken. Hochgeladene Fotos, Dateien sowie YouTube-Videos werden direkt im Text angezeigt. Dazu werden zuerst die Dateien ins Dateiarchiv hochgeladen. Danach können über die Bearbeitungsleiste mit den Symbolen „Picture“, „File“ oder „Youtube“ die jeweiligen Bilder, Dateien oder Videos in den Artikel eingebunden werden. Hierbei wird automatisch ein Tiki-Wiki-Befehl generiert (z.B.: `{img fileid="55"}`), der anzeigt, an welcher Stelle im Artikel sich beispielsweise das gewünschte Bild befindet. Durch verschieben dieses Befehls kann die Stelle des Bildes im Artikel bestimmt werden.

Das Hochladen von Bildern auf www.polipedia.eu step by step

1. Gewünschtes Foto von einer Kamera oder einem Handy in einen Ordner am Computer laden.
2. Mit Benutzername und Passwort auf www.polipedia.eu anmelden.
3. In der linken Spalte unter „User menu“ auf „File gallery“ klicken.
4. Rechts oben auf den Button „Upload file“ klicken.
5. Aussagekräftigen Dateititel und Beschreibung sowie Quelle des Bildes angeben.
6. Um das Foto vom Computer auf www.polipedia.eu zu speichern, auf den Button „Search“ klicken.
7. Im neu erschienenen Fenster das gewünschte Foto auf dem Computer auswählen. Anschließend auf „Open“ klicken.
8. Das neue Fenster sollte sich nun geschlossen haben und der Dateipfad unter „Upload from disk:“ eingetragen sein.
9. Auf den Button „Upload file(s)“ klicken.
(→ Tipp: Um mehrere Fotos auf einmal hochzuladen, klicken Sie auf den Button „Add another file“ und wiederholen Sie Punkt 5. bis 9.)

Eine andere Möglichkeit, einem Text Bilder beizufügen, ist, Fotos und Symbole der Datenbank von www.polipedia.eu zu verwenden. Dies geschieht wie folgt.

Einem Artikel Bilder, die auf www.polipedia.eu gespeichert sind, step by step beifügen

1. Um einem bestehenden Artikel ein Bild hinzuzufügen, klicken Sie unterhalb des Artikels auf „Edit this page“.
2. Klicken Sie in der Bearbeitungsleiste oberhalb des Artikels auf das Symbol „Picture“.
3. Im neu erschienenen Fenster nun auf den Schriftzug „Pick an image“ klicken.
4. Nun haben Sie Zugriff auf das gesamte Dateiarchiv und alle darin gespeicherten Bilder. Wählen Sie das gewünschte Bild durch einen Klick darauf aus.
5. Die Bild-ID (Identifikationsnummer) hat sich nun automatisch in das neu erschienene Fenster kopiert.
6. Auf den Button „Insert“ klicken.
7. Im Artikel hat sich nun der Tiki-Wiki-Befehl „`{img fileId=„ID-Nr.“}`“ automatisch generiert. An dieser Stelle des Artikels steht jetzt das Bild. Durch das Verschieben dieses Befehls können Sie das Bild im Artikel weiter oben oder unten positionieren. → Um die optimale Position für das Foto zu ermitteln, nutzen Sie die Funktion „Preview“.

Natürlich gelten auch auf www.polipedia.eu gewisse Richtlinien für die jeweiligen Dateien.

Dateitypen wie Audiodateien, Dokumente, Bilder- und Grafikdateien, Multimedia-Bausteine und Videos erweitern und werten einen Artikel nicht nur optisch auf. Zu beachten ist, dass der Hochladevorgang umso schneller vonstatten gehen kann, je kleiner die Datei ist. Die Größenbeschränkung auf www.polipedia.eu beträgt 32 MB.

Nachfolgend werden die jeweiligen Datei-Typen genauer beschrieben, die einem Artikel beigefügt werden können.

Mögliche Datei-Typen, die zur Erweiterung von Textbeiträgen hinzugefügt werden können:

Audio-Dateien: Unter diesem Punkt sind alle Audio-Dateien zusammengefasst, die häufigsten Dateiendungen hierbei sind .mp3, .wma oder .ogg.

Dokumente: Zu dieser Gruppe zählt jede Art von Dokumenten, wie z.B. pdf-Dateien, Word- oder Excel-Dokumente, aber auch Power-Point-Präsentationen. Gebräuchliche Dateiendungen sind .doc, .pdf, .xsl, .ppt, .stw, .txt, .rtf etc.

Bilder: Hierunter fallen Bild- oder Grafikdateien mit den Endungen .jpg, .gif, .png oder .bmp.

Multimedia: Darunter fallen Filme, Animationen etc., die mit Multimedia-Programmen erzeugt worden sind (z.B.:Flash). Bekannte Dateiendungen u.a.: .swf

Videos: Mit dem Wort Videos werden alle Video-Clips und Filme zusammengefasst, die mit herkömmlichen Video- oder Media-Playern abgespielt werden können. Diese Filme müssen keineswegs „professionell“ erstellt worden sein, sondern können auch mit einer Handy- oder Foto-Kamera aufgenommen werden. Bekannte Dateiendungen sind .mpg, .wmv, .mov, .asf, .avi u.a.

NETIQUETTE

Mit „Netiquette“ sind die Verhaltensregeln auf www.polipedia.eu gemeint, die in jedem Fall zu befolgen sind. Es geht nicht darum, gewisse Themen und Meinungen zu zensieren, sondern ein professionelles Miteinander zu fördern. Dafür ist es wichtig, dass sich jede/r BenutzerIn an die Regeln hält, um einen respektvollen und freundlichen Umgangston zu gewährleisten.

Vor der gestalterischen Arbeit mit www.polipedia.eu ist es sinnvoll, dass die Lehrpersonen den SchülerInnen die Verhaltensregeln näher bringen und diese mit ihnen besprechen.

Einige Grundsätze der Netiquette, die zu beachten sind:

- **Respektvoller Umgang:** Die Sachlichkeit hat im Rahmen von Diskussionen und wenn Kritik geübt wird im Vordergrund zu stehen.
- **Positive Herangehensweise:** Es kann davon ausgegangen werden, dass alle BenutzerInnen die gleiche Absicht haben, nämlich die Seite www.polipedia.eu zu gestalten und zu verbessern. Da die BenutzerInnen mit unterschiedlichem Wissensstand auf die Plattform kommen, sind vielleicht die Absichten oder Ideen des Gegenübers nicht auf den ersten Blick ersichtlich. Deshalb ist darauf zu achten, dass Beiträge, die vielleicht als falsch oder sinnlos erscheinen, nicht ohne Begründung geändert oder gelöscht werden. Zuerst soll der Versuch unternommen werden, Unklarheiten in Diskussion mit dem/der AutorIn zu beseitigen.
- **Beim Thema bleiben:** Es soll darauf geachtet werden, einen Beitrag inhaltlich auf einen Themenbereich zu beziehen. Der eigene Standpunkt darf dabei möglichst deutlich ausgeführt werden.
- **Hilfsbereitschaft:** Neuankömmlingen soll unterstützend beigestanden werden.
- **Keine Diskriminierung, kein Fremdenhass, kein Rassismus:** Jegliche Art von diskriminierenden, gewalttätigen, sexistischen, politisch extremistischen oder rassistischen Veröffentlichungen ist nicht erlaubt, dies gilt für alle Wiki-Einträge, Blog-Inhalte und Nicknames der UserInnen. Enthalten diese die oben genannten Eigenschaften, werden sie ausnahmslos gelöscht.
- **Humor und Ironie:** Das Gegenüber im Forum sollte erkennen, wenn zum Beispiel ein Kommentar ironisch gemeint ist. Um Missverständnisse zu vermeiden, ist es eventuell klug, eines der vielen Emoticons [z.B. :-)] zu verwenden.
- **Bilder, Motive:** Nacktaufnahmen und pornografische Motive beziehungsweise Bilder, die körperliche oder sexuelle Gewalt wiedergeben, gelten als verletzend, sind somit nicht erlaubt und werden umgehend gelöscht.
- **BenutzerInnen-Rechte, Copyright:** Bild-, Video- und Textmaterial darf nur hochgeladen oder auf der Plattform veröffentlicht werden, wenn es in Eigenproduktion erstellt beziehungsweise die Erlaubnis zur Veröffentlichung eingeholt wurde.

BEITRÄGE KOMMENTIEREN

Es ist möglich, bereits verfasste Beiträge auf **www.polipedia.eu** zu kommentieren. Eigene Standpunkte können auf diese Weise verdeutlicht werden. Wie ein Kommentar verfasst werden kann, erklärt das folgende Factsheet.

Das Verfassen eines Kommentars zu einem bereits vorhandenen Wiki-Eintrag step by step

1. Mit Benutzername und Passwort auf www.polipedia.eu anmelden.
2. Unterhalb des Artikels befindet sich ein Banner „Post new comment“. Darunter sind die beiden Felder „Title“ und „Comment“ frei. In diese Felder können Sie einen Kommentar zum Artikel sowie einen aussagekräftigen Titel passend zum Kommentar schreiben.
3. Durch einen Klick auf den Button „Post“ wird der Kommentar gespeichert und von nun an unterhalb des Artikels angezeigt.

Tipp: Um auf bestehende Kommentare zu antworten, klicken Sie unterhalb dieses Kommentars auf den Button „Reply“.

BEITRÄGE IM FORUM

Eine Kommunikationsplattform muss natürlich Raum für einen Diskurs anbieten. Das Forum auf www.polipedia.eu ist ein solcher Ort. Hier können sich die UserInnen austauschen und miteinander in Kontakt treten. Dabei wird die Meinungsbildung und Interaktion zwischen den Jugendlichen in der heterogenen InternetuserInnen-Community gefördert.

Das Verfassen von Beiträgen im Forum auf www.polipedia.eu step by step

1. Mit Benutzername und Passwort auf www.polipedia.eu anmelden.
2. In der Titelleiste auf „Forum“ klicken.
3. Ein bestehendes Forum auswählen, welches thematisch zu Ihrem Beitrag passt (Bsp. „EU & world“).
4. Rechts oben auf den Button „New topic“ klicken.
5. Einen aussagekräftigen Titel in das Feld „Title“ einfügen und Ihren Beitrag im Feld „Text“ eintragen. Durch einen Klick auf den Button „Post“ wird der Forumsbeitrag gespeichert.

→ Tipp: Im Forum können, genau so wie in den Artikeln, Fotos und Videos eingebunden werden. Benützen Sie hierzu die Bearbeitungsleiste oberhalb des Beitrags.

Information für Fortgeschrittene

Auf www.polipedia.eu gib es außerdem die Möglichkeit, die verschiedenen Versionen eines Artikels zu verfolgen. Dies trägt maßgeblich zur Transparenz bei. Des Weiteren sind alle Einträge miteinander verlinkt.

Information für Fortgeschrittene

Button „History“: In der „History“ sieht man die Stufen des Verschriftlichungsprozesses, also die erste Fassung des Eintrags, die zweite etc., und kann auch die verschiedenen Versionen vergleichen.

Damit wird nachvollziehbar, wie und von welchem User/welcher Userin der Eintrag bearbeitet wurde.

Hyperlinkstruktur: Alle Einträge sind miteinander verlinkt.

Außerdem können die UserInnen Beiträge anlegen, die ihrer Meinung nach auf PoliPedia.eu fehlen: Dazu wird der betreffende Begriff in einem bestehenden Eintrag von UserInnen gekennzeichnet, sodass hinter dem Begriff ein violettes Fragezeichen aufscheint. Bei einem Klick auf ein solcherart markiertes Wort kann der User/die Userin gleich diesen fehlenden Eintrag bearbeiten. Für das Verfassen von Kommentaren und Foreneinträgen ist eine anonyme (unter Angabe einer gültigen E-Mail-Adresse) Registrierung nötig.



Der Einsatz der Wiki-Plattform PoliPedia.eu in den jeweiligen Unterrichtsfächern

Nachfolgend werden für die verschiedenen Unterrichtsgegenstände – nämlich Politische Bildung, Deutsch, Englisch, Philosophie, Geschichte und Informatik – spezielle Vorschläge für den Einsatz von www.polipedia.eu im Rahmen des Lehrplans gemacht. Zusätzlich dazu wird auch der fächer- und schulübergreifende Unterricht vorgestellt. Diese Entwürfe dienen lediglich als Anregungen, der eigenständigen Kreativität der LehrerInnen sind im weiteren Vorgehen natürlich keine Grenzen gesetzt.

Geschichte und Politische Bildung: Einführung, Beantwortung von Leitfragen mittels Internetrecherche, Erzeugung von e-content

a. Einführung

Möchte man sich als LehrerIn mit einer Schulklasse beispielsweise der Thematik der NGOs nähern, bietet es sich durchaus an, innerhalb der Kategorie „EU & world“ auf www.polipedia.eu weiterzuarbeiten. Als Anregung kann man im Zuge der Unterrichtsvorbereitung Broschüren und Folder einer bestimmten Organisation, als Exempel sei an dieser Stelle Greenpeace erwähnt, organisieren und diese dann den SchülerInnen, welche man am Beginn der Unterrichtseinheit in Gruppen aufteilt, vorlegen. Mittels Besprechung und Diskussion des vorhandenen Materials sollen sie „spielerisch“ an den Gegenstand herangeführt werden.

b. Beantworten von Leitfragen mittels Internetrecherche

Darauf werden die SchülerInnen mittels Leitfragen dazu angeregt, e-content auf der Website www.polipedia.eu zu erzeugen. Die Recherche erfolgt ganz nach Trend im Internet.

Deutsch:

Einführung, Besprechung von Wiki-Einträgen als Textsorte, Bearbeitung von vorhandenen Beiträgen auf der Webpage

a. Einführung

Auch in der Internetcommunity ist es wichtig, eine Sprachkultur zu entwickeln. Vor allem das Verständnis über Inhalte im Netz und deren Bedeutung spielt dabei eine erhebliche Rolle.

b. Besprechung von Wiki-Einträgen als Textsorte

Innerhalb des Unterrichtsfaches Deutsch kann die Problematik von Wiki-Einträgen als Textsorte noch eingehender behandelt werden. Erlernt werden soll dabei, nach welchen Regeln Beiträge entstehen und wie diese formal aufgebaut sein können. Eine dazugehörige Unterrichtseinheit, die sich mit www.polipedia.eu auseinandersetzt, könnte beispielsweise so betitelt sein: „Wie überarbeite ich bestehende Einträge im Web?“ Der Lehrer/die Lehrerin erläutert, wie Änderungen vorgenommen werden können, wie ein

Forumsbeitrag erstellt oder ein Video hochgeladen wird. (siehe dazu die Orientierungshilfen auf S. 22)

c. Bearbeitung vorhandener Beiträge

Um das neu erworbene Wissen zu festigen und anzuwenden, soll nun die Plattform eingesetzt werden. SchülerInnen könnten vorhandene Inhalte auf der Website www.polipedia.eu überarbeiten und verbessern (siehe dazu die Orientierungshilfen auf S. 24). Je nach Interessensgebieten sollten die SchülerInnen aus den verschiedenen Kategorien auswählen können.

Englisch:

Einführung mittels relevanter Vokabel, „Mini-Referate“, „short summaries“ auf www.polipedia.eu

Im Unterrichtsfach Englisch ist PoliPedia.eu völlig flexibel nutzbar. Hier dennoch ein Vorschlag:

a. Einführung

Dass das Arbeiten mit www.polipedia.eu im Englisch-Unterricht erfolgversprechend wirken kann, erklärt sich allein durch die Tatsache, dass Englisch die Sprache ist, in der auf dieser Plattform kommuniziert wird. Je nach Sprachniveau der Schulklasse sollten in einer Einführung für die Thematik wichtige Vokabel besprochen werden. Auch für die weitere Arbeit könnte die Textform „short summaries“ diskutiert werden.

b. „Mini-Referate“

Die Kategorie „EU & democracy“ auf www.polipedia.eu kann dafür herangezogen werden, sich mit der Regierungsform Großbritanniens zu beschäftigen.

Die Lehrperson könnte die SchülerInnen dazu anleiten, „Mini-Referate“ vorzubereiten. Die Gruppen dazu könnten lauten:

1. Großbritannien (Mitglieder, Demographie etc.)
 2. Das britische Regierungssystem (Monarchie, Parlament)
 3. Staatsoberhaupt (Die Queen)
 4. Die britische Verfassung
- c. „short summaries“ auf www.polipedia.eu

Zusätzlich dazu können von den Referatsgruppen kurze Zusammenfassungen („short summaries“) erstellt werden, die im Anschluss des Projekts auf www.polipedia.eu veröffentlicht werden.

Philosophie:

Einleitung, Selbststudium mittels vorhandener Beiträge, Diskussionsrunde im Klassenverband

Teil des Lehrauftrages für den Gegenstand Philosophie ist, sich mit dem Wesen der Menschen auseinanderzusetzen. Vorrangig geht es dabei darum, die Frage nach dem Sinn und dem Ziel menschlicher Existenz zu erörtern und Menschenbilder zu besprechen (vgl. dazu http://www.bmukk.gv.at/medienpool/11865/lp_neu_ahs_13.pdf).

Die Frage nach Identität wird sich hierbei unweigerlich stellen. Das folgende doch recht offen gestaltete Konzept, wie man auch im Rahmen des Philosophieunterrichts mit www.polipedia.eu arbeiten kann, soll nicht nur einen Zugang zum Philosophieren widerspiegeln, sondern Philosophie an sich auch zur praktischen Anwendung bringen.

a. Einleitung

Um den Jugendlichen den Identitätsbegriff näherzubringen, wird zu Beginn der Einheit jede/r dazu aufgefordert, aufzuschreiben, als was er/sie sich fühlt, sich sieht. Dies könnte beispielsweise zu antworten wie „als EuropäerIn“, „ÖsterreicherIn“, „GrazerIn“, „AusländerIn“, „Kind“, „FußballspielerIn“ etc. führen. Der/die LehrerIn sammelt diese Begriffe und sie werden im Klassenverband besprochen und diskutiert.

b. Selbststudium mittels vorhandener Beiträge

Im Anschluss soll mit der Plattform www.polipedia.eu gearbeitet werden. So könnte man den bereits eingeteilten Schülergruppen jeweils einen Artikel der Seite vorlegen, mit dem sie arbeiten müssen. Da die SchülerInnen schon etwas älter sind, wird die englische Sprache vorausgesetzt.

c. Diskussionsrunde im Klassenverband

Im Anschluss an das Selbststudium folgen Besprechung und Diskussion in der Klasse.

Informatik:

Einführung Rechtsfragen Copyright, Überarbeitung von e-content

a. Einführung

Ein Teil des Lehrplans für Informatik beinhaltet die Bearbeitung von Rechtsfragen (http://www.bmukk.gv.at/medienpool/11876/lp_neu_ahs_21.pdf).

Das kann im Rahmen der Arbeit mit PoliPedia.eu gut vereint und erlernt werden. Der liquid content auf der Webseite unterliegt natürlich auch bestimmten rechtlichen Aspekten. Der Artikel „Lizenzbestimmungen“ auf www.polipedia.at kann für eine Einführung in das Problemfeld von Nutzen sein: <http://www.polipedia.at/tiki-index.php?page=Lizenzbestimmungen>

The screenshot shows a web browser window with the URL <http://www.polipedia.at/tiki-index.php?page=Lizenzbestimmungen>. The page features the Polipedia.at logo and a navigation menu. The main content is titled "Lizenzbestimmungen" and "Creative Commons". It states that contributions are published under a Creative Commons license and lists the following conditions:

- Namensnennung.** Sie müssen den Namen des Autors/Rechtsinhabers nennen.*
- Keine kommerzielle Nutzung.** Dieser Inhalt darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.*
- Weitergabe unter gleichen Bedingungen.** Wenn Sie dieses Werk bearbeiten oder in anderer Weise umgestalten, verändern oder als Grundlage für ein anderes Werk verwenden, dürfen Sie das neu entstandene Werk nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrages identisch oder vergleichbar sind.*

b. Überarbeitung von e-content

Um sich ein wenig in die Thematik zu vertiefen, würde es sich beispielsweise anbieten, bereits bestehende Einträge auf PoliPedia.eu zu überarbeiten. Gruppenweise könnten sich die SchülerInnen der Bereiche des Themenbaums („EU & world“, „EU democracy“, „Identity“, „Multi-level citizenship“) annehmen und die Beiträge auf mögliche Lücken untersuchen.

Fächerübergreifender Unterricht: Informatik / Geschichte

Der Ruf nach vernetztem Denken und Interdisziplinarität wird immer lauter, so auch in der Schule. Damit sollen SchülerInnen vor allem auf die Anforderungen des Lebens nach der Schulzeit vorbereitet werden.

Dass ein derartiger interdisziplinärer Ansatz auch durch den Einsatz von www.polipedia.eu im Rahmen von fächerübergreifendem Unterricht erfolgen kann, soll folgendes Beispiel zeigen:

So haben die Lehrfächer Informatik sowie Geschichte und Politische Bildung auf den ersten Blick vielleicht nicht viel gemein, dennoch können sie gut zusammenwirken. www.polipedia.eu lädt ja dazu ein, Artikel zu bestimmten politischen und partizipativen Themen für die Plattform und die Internetcommunity zu entwickeln. Dass dies nicht immer auf Basis von gewöhnlichen Texten geschehen muss, ist bekannt. So können beispielsweise Videoclips erstellt werden, die man auf www.polipedia.eu hochladen kann. Wie dies geschieht, kann im Informatikunterricht erarbeitet und besprochen werden. Das Unterrichtsfach Geschichte kann die zu behandelnden Thematiken eingrenzen und vorbereiten.

Der fächerübergreifende Unterricht eignet sich besonders gut, Schulprojekte ins Leben zu rufen und somit einen spannenden Unterricht für die SchülerInnen, aber auch die mitwirkenden LehrerInnen zu ermöglichen.

Schulübergreifender Unterricht

www.polipedia.eu ist auch als Kommunikationsplattform zu betrachten, die einen Austausch und Diskussionen zu den verschiedensten Problematiken anleitet. Dabei eröffnet sich die Möglichkeit, ortsungebunden zu arbeiten, mehr noch: Schulen an verschiedenen Standorten können sich so austauschen und vernetzen. Greift man beispielsweise das Thema Migration auf, so könnte dies im Forum der Plattform diskutiert werden. SchülerInnen, aber natürlich auch LehrerInnen haben so die Gelegenheit, sich über ihre eigenen Erfahrungen zu unterhalten.

Schulpartnerschaften können so beispielsweise leicht ins Leben gerufen beziehungsweise in ihrer Art intensiviert werden.



Unterrichtsbeispiele

Einerseits werden in diesem Kapitel Entwürfe gezeigt, wie Lerndesigns mit www.polipedia.eu als Tool ausgearbeitet sein könnten. Der Begriff „Lerndesign“ kann dabei so verstanden werden dass, wie schon in vorangegangenen Abschnitten erwähnt, die Lehrperson als Coach fungiert, gemeinsam mit ihren SchülerInnen Themen festlegt und diese moderiert.

Lerndesigns

An dieser Stelle soll ein kurzer Abriss zeigen, wie sich Unterrichtsbeispiele zu den verschiedensten Problemstellungen gestalten lassen könnten. Im Rahmen des Projekts Polipedia.eu wurde dazu wie folgt vorgegangen: Ein Projektworkshop mit SchülerInnen hatte beispielsweise als übergeordnete Thematik die „Europäische Union“. Um sich diesem komplexen Thema effizient zu nähern, wurden vier Themenbereiche ausgewählt, die gemeinsam mit den WorkshopteilnehmerInnen erarbeitet werden sollten: die bereits vorgestellten Inhalte „EU democracy“, „Multi-level citizenship“, „Identity“ und „EU & world“. Im Anschluss werden nun zu den einzelnen Themenbereichen verschiedene Unterrichtsdesigns präsentiert, die einen Unterrichtsleitfaden bieten und aufzeigen, wie mit den verschiedenen Inhalten gearbeitet werden kann. Vorweg sei darauf hingewiesen, dass sich eine Methode durch alle Beispiele zieht:

- 1) Einführung in einen bestimmten Themenbereich
- 2) Herstellung eines Aktualitäts- und Relevanzbezuges
- 3) abschließendes Erzeugen von e-content (also medialer Inhalte für das Online-Lehrbuch)

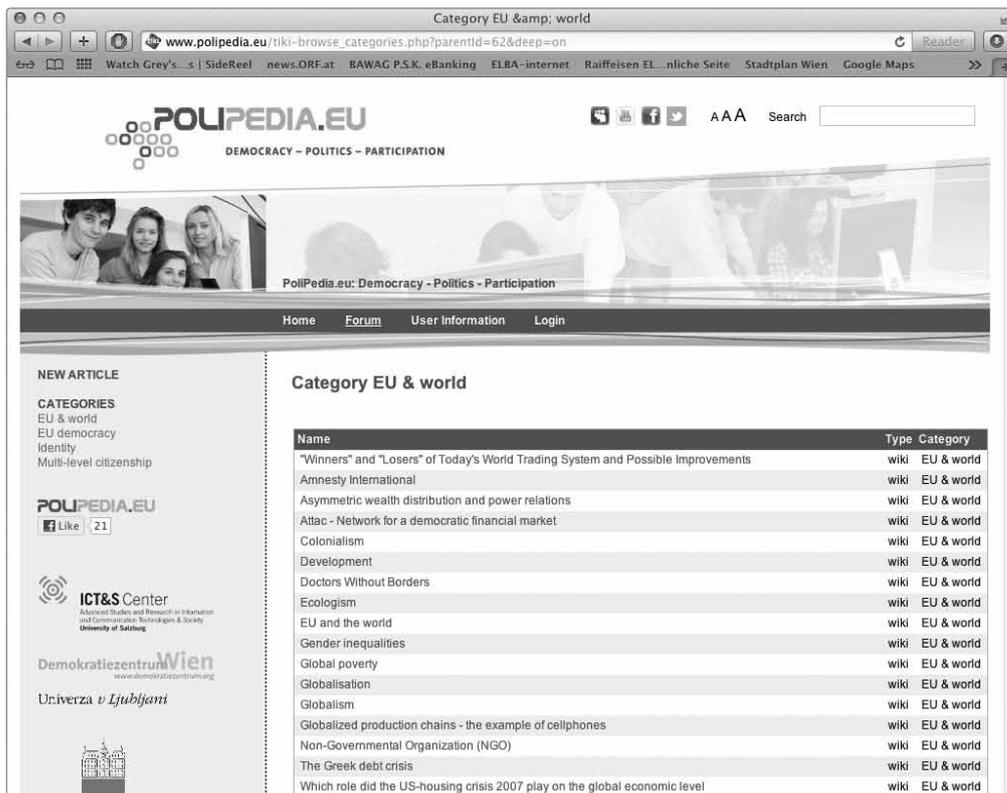
UNTERRICHTSBEISPIEL 1: „EU DEMOCRACY“:

Wirtschaftskrise: Einführung, Quiz-Einträge und weiteres Vorgehen

1. Einführung

Eine Rubrik des Themenbaums auf www.polipedia.eu ist dem Thema „EU democracy“ gewidmet. Hierbei werden Beiträge zu politischen AkteurInnen und zu Prozessen innerhalb der EU gesammelt. Die Lehrperson kann zu Beginn einer Unterrichtseinheit auf die Einträge innerhalb der „EU democracy“ Rubrik verweisen, beispielsweise auf „European Parliament“, „Council of the European Union“ etc.

http://www.polipedia.eu/tiki-browse_categories.php?parentId=60&deep=on



The screenshot shows the Polipedia.eu website interface. The main content area displays a list of articles under the heading "Category EU & world". The list includes various topics such as "Winners" and "Losers" of Today's World Trading System, Amnesty International, Asymmetric wealth distribution, and the Greek debt crisis. Each entry includes a "Name", a "Type" (all are "wiki"), and a "Category" (all are "EU & world").

Name	Type	Category
"Winners" and "Losers" of Today's World Trading System and Possible Improvements	wiki	EU & world
Amnesty International	wiki	EU & world
Asymmetric wealth distribution and power relations	wiki	EU & world
Attac - Network for a democratic financial market	wiki	EU & world
Colonialism	wiki	EU & world
Development	wiki	EU & world
Doctors Without Borders	wiki	EU & world
Ecologism	wiki	EU & world
EU and the world	wiki	EU & world
Gender inequalities	wiki	EU & world
Global poverty	wiki	EU & world
Globalisation	wiki	EU & world
Globalism	wiki	EU & world
Globalized production chains - the example of cellphones	wiki	EU & world
Non-Governmental Organization (NGO)	wiki	EU & world
The Greek debt crisis	wiki	EU & world
Which role did the US-housing crisis 2007 play on the global economic level	wiki	EU & world

2. Online-Quiz

Um vom Prinzip des gewöhnlichen LehrerInnen-Vortrags mit dem Ziel, den SchülerInnen Wissen zu vermitteln, wegzukommen, könnte die Lehrperson die SchülerInnen motivieren, selbst ein Quiz zum Thema zu erstellen und somit mehr Informationen zu sammeln. Auch geht es darum, zu überprüfen, wie viel jede/r Einzelne/r schon über eine bestimmte Thematik weiß. Das Herstellen eines Bezuges zu aktuellen Geschehnissen wird als besonders wichtig erachtet, um die Themen für die SchülerInnen greifbarer zu machen, aber auch um die Relevanz eines solchen Lehrinhalts zu demonstrieren.

Im Internet gibt es viele Portale, im Rahmen derer man kostenlos ein Quiz selbst zusammenstellen und vorbereiten kann. Ein Vorschlag dazu: <http://www.quizgamemaker.com/> Zu Beginn ist es natürlich wichtig, Ziele zu definieren: Welche Problembereiche möchte man einbinden, was soll behandelt werden?

Im Rahmen dieser Herangehensweise an Themen gelingt es, von SchülerInnen als trocken empfundene Lehrinhalte für sie interessant zu gestalten. Im Anschluss an ein solches Quiz werden die Fragen besprochen und von den TrainerInnen beziehungsweise

LehrerInnen beantwortet. Diese Phase soll aber keineswegs ein klassischer Vortrag sein, sondern eher als Möglichkeit zur Diskussion wahrgenommen werden.

Bei einem EU-Projekt wurde von Workshop-TeilnehmerInnen ein Quiz erstellt, das die Thematik aufgreift. Es kann unter „polipedia.eu → forum → EU&the world → Quiz for Workshop I in Vienna“ aufgerufen werden. Zur Zeit der Erstellung des Quiz' war das Thema Griechenland allgegenwärtig und wurde daher behandelt. Folgende Fragen wurden erarbeitet:

Welche europäische Institutionen könnt ihr direkt (alle 5 Jahre) wählen?

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Europäisches Parlament | <input type="checkbox"/> Europäische Gemeinschaft |
| <input type="checkbox"/> Europäischer Gerichtshof | <input type="checkbox"/> Europäischer Rat |
| <input type="checkbox"/> Europäische Kommission | <input type="checkbox"/> Eurovisions-Songcontest |

Wann beantragte die griechische Regierung das erste Mal Finanzhilfe von der EU?

- | | |
|-------------------------------|-------------------------------|
| <input type="checkbox"/> 2008 | <input type="checkbox"/> 1996 |
| <input type="checkbox"/> 2005 | <input type="checkbox"/> 2011 |
| <input type="checkbox"/> 2010 | <input type="checkbox"/> 2000 |

Wie heißen die derzeit drei bekanntesten Rating-Agenturen?

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> Simple and Hard, Watch, Rousseau | <input type="checkbox"/> Moody's, The Standard, Snitch |
| <input type="checkbox"/> Cuddies, Watchtower, Sitzlak | <input type="checkbox"/> Simps, Hoddies, Porksters |
| <input type="checkbox"/> Fitch, Standard & Poor's, Moody's | |

Wer oder was ist der IWF?

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> Interreligiöse Wirtschaftsfiskalpolitik | <input type="checkbox"/> Interkulturelles Wirtschaftsfundament |
| <input type="checkbox"/> Internationaler Währungsfonds | <input type="checkbox"/> Internationaler Wirtschaftsfonds |
| <input type="checkbox"/> Internationale Währungsfinanzierung | |

Was war EINE der vielen Ursachen für die (weltweite) Finanzkrise ab 2007?

- Der Irak-Krieg
- Das Scheitern einer europäischen Verfassung im 1. Anlauf
- Zahlungsunfähigkeit Irlands Ende 2006
- Das starke Anwachsen des Yen im Vergleich zu Euro und Dollar
- Immobilienblase in den USA geplatzt
- Starke Inflation in den „neuen“ EU-Staaten

Was ist eine Nicht-Beistandsklausel (No-Bailout-Klausel)?

- schließt die Haftung einzelner Staaten für Verbindlichkeiten der gesamten EU aus
- schließt die Haftung der EU für Verbindlichkeiten anderer Mitgliedsstaaten aus
- schließt die Haftung einzelner Mitgliedsstaaten der EU für Verbindlichkeiten von Griechenland aus
- schließt die Haftung einzelner Staaten für Verbindlichkeiten der EU aus

Wo hat der Rat der Europäischen Union seinen Sitz?

- | | |
|-----------------------------------|------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> Wien | <input type="checkbox"/> Berlin |
| <input type="checkbox"/> Lissabon | <input type="checkbox"/> Genf |
| <input type="checkbox"/> Brüssel | <input type="checkbox"/> Straßburg |

Wer ist momentan griechischer Premierminister?

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> StraßburgGiorgos Papandreou | <input type="checkbox"/> StraßburgLoukas Papadimos |
| <input type="checkbox"/> StraßburgVitus Papageno | <input type="checkbox"/> StraßburgIgnaz Pordreau |

Wie viele Generalstreiks gab es in Griechenland seit Januar 2011?

- | | |
|-----------------------------|----------------------------|
| <input type="checkbox"/> 10 | <input type="checkbox"/> 1 |
| <input type="checkbox"/> 4 | <input type="checkbox"/> 5 |

Wie viele Sparpakete hat die griechische Regierung bereits beschlossen?

- | | |
|----------------------------|--------------------------------|
| <input type="checkbox"/> 3 | <input type="checkbox"/> 5 |
| <input type="checkbox"/> 2 | <input type="checkbox"/> Keine |
| <input type="checkbox"/> 1 | |

Welche EU-Staaten haben momentan Probleme, ihre Schulden zu bedienen?

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Griechenland, Spanien, Irland, Luxemburg | <input type="checkbox"/> Griechenland, Italien, Portugal |
| <input type="checkbox"/> Griechenland, Irland, Frankreich | <input type="checkbox"/> Griechenland, Ukraine, Italien, Österreich |
| <input type="checkbox"/> Griechenland, Luxemburg, Spanien | |

3. Einträge und weiteres Vorgehen

Eine Möglichkeit stellt z.B. die Ausarbeitung von Artikeln auf www.polipedia.eu dar:

Damit der produzierte Inhalt nachvollziehbar ist, kann das Quiz auf www.polipedia.eu hochgeladen werden. Außerdem könnten Artikel geschrieben und mit multimedialen Beiträgen angereichert werden.

Ein anderer Vorschlag wäre die Vorbereitung von Referaten und neuen Beiträgen.

Aufteilung der Klasse: Ein Teil befasst sich mit bereits bestehenden Artikeln auf www.polipedia.eu. Sie sollen studiert und für eine Präsentation vorbereitet oder ergänzt werden. Passend wären folgende Wiki-Beiträge:

1. European Parliament
2. European Commission

Die andere Gruppe verfasst neue Kurzartikel. Diese könnten so lauten:

1. Demokratische Grundsätze der EU
2. Der Euro
3. Reisen in der EU: Schengen-Regelungen

Im Anschluss daran werden die Ergebnisse im Klassenverband präsentiert und vorgestellt.

UNTERRICHTSBEISPIEL 2: „MULTI-LEVEL CITIZENSHIP“:

Einführung, Einzelarbeit mittels Webquests und bereitgestelltem Material, Gruppenarbeit zu aktuellem Thema, Diskussionsanregungen im Forum

1. Einführung

Eine kurze Einführung in die Einheit kann mittels Brainstorming/Mind-Map erfolgen. Als was/wer sehen sich die Anwesenden, wie fühlen sie sich, was könnte unter dem Begriff „Multi-Level Citizenship“ verstanden werden? Im Anschluss an eine Gesprächsrunde ist folgender Gedankenanstoß möglich:

FACTSHEET ZUM BEGRIFF MULTI-LEVEL CITIZENSHIP

(*citizenship* = Staatsbürgerschaft, Bürgerschaft)

Multi-level citizenship lässt sich zusammenfassend beschreiben als die Zugehörigkeit von Personen zu politischen Gemeinschaften, die in verschiedene Ebenen gegliedert werden können wie z.B.

- ➔ regional
- ➔ national
- ➔ europäisch
- ➔ Auch nicht räumlich zu erfassende wie beispielsweise soziale Gruppen (Minderheiten, Religionsgruppen, Ethnien, ...)

Ein Aspekt von *multi-level citizenship*, wie zum Beispiel die EU-Bürgerinitiative, kann herausgegriffen und erarbeitet werden. Erneut geht es darum, die Relevanz eines Lehrinhaltes zu begründen und die Aktualität eines Themas aufzuzeigen. Hierzu kann man folgende Hintergrundinformation anbieten:

FACTSHEET DIE EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE

Am 1. April 2012 wird in den EU-Mitgliedsländern die Verordnung zur Europäischen Bürgerinitiative in Kraft treten. Die Europäische Bürgerinitiative ist eine Art „EU-Volksbegehren“, das den EuropäerInnen Mitspracherecht im Rahmen der EU-Politik gibt und als Maßnahme gegen ein Demokratiedefizit in der EU dienen soll. Erstmals können alle wahlberechtigten EU-BürgerInnen die Europäische Kommission direkt ersuchen, neue Gesetzesinitiativen einzubringen. Die Europäische Bürgerinitiative ist weltweit das erste transnationale Instrument für direkte Demokratie und kann auch für die Durchsetzung von Umwelt-Themen verwendet werden. Ihre Grundlage hat sie im Vertrag von Lissabon.¹

1. Wie starte ich eine Bürgerinitiative?

Sie gründen ein Komitee mit mindestens sieben Mitgliedern aus sieben unterschiedlichen EU-Ländern und registrieren Ihre Initiative bei der Europäischen Kommission (anzugeben sind unter anderem: Titel der Initiative, Inhalt und Zielsetzung, Kontaktdaten der Komitee-Mitglieder, alle Finanzierungsquellen).

2. Wie viele Unterschriften müssen gesammelt werden?

Mindestens eine Million innerhalb eines Jahres ab dem Zeitpunkt der Registrierung. Sie können die Unterschriften entweder auf Papier oder online sammeln. Für die Online-Sammlung stellt die Europäische Kommission Software frei zur Verfügung.

3. Kann ich die geforderte Million an Unterstützungserklärungen in einem einzigen Land sammeln?

Nein, die Unterschriften müssen momentan aus mindestens sieben EU-Ländern (einem Viertel der EU-Mitgliedsstaaten) kommen. Pro Land ist eine Mindestanzahl an Unterschriften nötig. Diese Zahl errechnet sich, indem die Anzahl der Abgeordneten des jeweiligen Landes im Europäischen Parlament mit 750 multipliziert wird (Österreich: 12.750).

4. Wer kann eine Initiative unterschreiben?

Alle EU-BürgerInnen, die das Mindestalter für eine Teilnahme an der Wahl des Europäischen Parlaments erreicht haben (in Österreich: 16 Jahre). Welche Daten Sie dafür preisgeben müssen, hängt von den Vorgaben der Länder ab.

5. Was passiert, wenn ich eine Million Unterschriften gesammelt habe?

Zuerst müssen Sie Ihre Unterstützungserklärungen den zuständigen Stellen in den einzelnen EU-Ländern übermitteln, welche die Gültigkeit der Unterschriften innerhalb von drei Monaten überprüfen und Ihnen dann ein Zertifikat ausstellen. Mit dem Zertifikat können Sie nun die Bürgerinitiative an die Europäische Kommission übergeben. Dann werden Sie eine Einladung erhalten, der Europäischen Kommission Ihr Anliegen umfassend zu erklären und Ihre Initiative in einem öffentlichen Hearing im Europäischen Parlament zu präsentieren. Innerhalb von drei Monaten muss die Europäische Kommission ihre Schlussfolgerungen zur Initiative und die von ihr beabsichtigten Maßnahmen öffentlich darlegen.

6. Was passiert, wenn die EU-Kommission in der Folge der Bürgerinitiative einen Vorschlag für ein Gesetz auf EU-Ebene vorlegt?

Der Vorschlag geht dann den üblichen Weg durch das Europäische Parlament und den EU-Ministerrat. Ein direktes Mitentscheidungsrecht der Bevölkerung gibt es dann nicht mehr, aber natürlich Möglichkeiten zum Lobbying. Man kann davon ausgehen, dass das Parlament von sich aus Hearings organisieren wird, um mit den InitiatorInnen zu diskutieren. Der genaue Wortlaut des Gesetzes wird am Ende vom Parlament und dem Ministerrat entschieden, so wie es jetzt bereits mit neuen Gesetzen üblich ist.²

Was kann die Europäische Bürgerinitiative für den Umweltschutz bewirken?

Ungefähr 80 Prozent der Umwelt-Gesetzgebung in den Mitgliedstaaten werden von der EU maßgeblich vorbestimmt. Weil die EU also die Quelle vieler Umwelt-Gesetze ist, lohnt sich ein Mitreden im Rahmen der Europäischen Bürgerinitiative.³

Nicht jedes Thema kann jedoch für eine Europäische Bürgerinitiative vorgeschlagen werden. Gewisse Themen kommen nicht in Betracht, weil diese nicht in den Kompetenzbereich der Kommission fallen, als Sache der einzelnen Mitgliedsstaaten angesehen werden oder Teil der Primärverträge sind (z.B. Belange, die den EURATOM-Vertrag betreffen).

Die Initiative muss folgenden Anforderungen entsprechen:

1. Sie muss einen Politikbereich betreffen, in dem die Europäische Kommission Handlungsbefugnis hat.
2. Sie darf nicht offensichtlich missbraucht und unseriös verwendet werden.
3. Sie darf den Werten der EU gemäß den Verträgen nicht widersprechen.

Dazu kommt klarerweise, dass die Themen so populär und relevant sein sollten, um mindestens eine Million Menschen in sieben Ländern so weit begeistern zu können, dass sie die Initiative unterstützen.⁴

Tipp: Wichtige Hinweise zum Kompetenzbereich der Kommission finden sich im Vertrag von Lissabon, dort speziell im „Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union“ (AEUV). Umweltpolitisch interessante Regelungen sind unter anderem im AEUV (Art. 191–193) zu lesen.⁵

Zu beachten: Selbst wenn eine Bürgerinitiative alle Kriterien erfüllt, ist die EU-Kommission rechtlich nicht verpflichtet, die Forderung der Bevölkerung in eine Gesetzesinitiative umzusetzen. Sie kann der Initiative folgen, sie kann den Text ändern oder gar nichts unternehmen. In jedem Fall muss sie ihre Entscheidung jedoch öffentlich begründen. Damit ist zumindest für eine breite öffentliche Debatte gesorgt.

Europäische Bürgerinitiative zum Atomausstieg

Die österreichischen Umweltorganisationen Greenpeace und Global 2000 sowie das Ökobilau haben gemeinsam mit anderen europäischen Organisationen am 1. April 2012 den Antrag für eine europäische Bürgerinitiative zum Atomausstieg vorbereitet. Im ersten Anlauf wurde die Initiative jedoch von der EU-Kommission im Juni 2012 abgelehnt.

Folgende rechtliche Schwierigkeit tritt dabei auf:

Da ein Atomausstieg vorrangig die EURATOM-Verträge (Primärrecht) betrifft und Primärrechte nicht im Rahmen einer Bürgerinitiative „angegriffen“ werden dürfen, sind die Spielräume für eine Europäische Bürgerinitiative zum Atomausstieg gering. Man kann jedoch den „Umweg“ über das Sekundärrecht nehmen.⁶

Greenpeace und Global 2000 berufen sich insbesondere auf den Schutz der Gesundheit und auf die freie Wahl der Energiequellen. Das EU-Recht schreibe bei der AKW-Sicherheit wie auch beim Gesundheitsschutz nur Mindeststandards vor, weitergehende Sicherheit zu verlangen, sei daher zulässig. Völlige Sicherheit gebe es nur bei abgeschalteten AKW, beziehungsweise bei AKW ohne Importstrom, so die Argumentation.

Zwei Beispiele für die Suche nach Handlungsspielräumen

Einerseits argumentieren die Umweltorganisationen, dass laut EU-Recht jedes Land bei der Wahl seiner Energiequellen frei ist. Sie wollen dies auch für die im Ausland befindliche Quelle des eingeführten Stroms verstanden wissen und halten somit ein Verbot für den Import von Atomstrom für durchsetzbar. Das Importverbot würde mittelbar zu einer geringeren Umweltgefährdung der ÖsterreicherInnen führen, weil weniger AKW gebaut würden – ohne dass in das grundsätzliche Recht jedes Mitgliedslandes, über seine Kraftwerke selber zu entscheiden, eingegriffen würde. Andererseits wollen die Umweltorganisationen Gesundheitsgefahren für die Bevölkerung in Österreich durch grenznahe AKW geltend machen, um so den freien Warenverkehr auszuhebeln. Sowohl europarechtlich als auch nach WTO-Recht dürfe aus Gründen des Gesundheits- und Umweltschutzes der freie Warenverkehr beschränkt werden, argumentieren die Umweltorganisationen.

Auch so könnte durch ein Importverbot die indirekte Nutzung von Atomstrom verhindert werden.

Voraussetzung für die Durchsetzung

Eine Zertifizierung von Strom in Europa, um die Herkunft des importierten Stroms definieren zu können.⁷

Aus: Forum Politische Bildung (Hg.): Politische Handlungsspielräume, Informationen zur Politischen Bildung Nr. 34, 2011, S. 33.

- 1 Vgl. Europäische Kommission: Die Europäische Bürgerinitiative, abrufbar unter: http://ec.europa.eu/dgs/secretariat_general/citizens_initiative/index_de.htm (7.11.2011)
- 2 Vgl. Amtsblatt der Europäischen Union: Verordnung zur Europäischen Bürgerinitiative, abrufbar unter: <http://eurlex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:065:0001:0022:DE:PDF> (7.11.2011)
- 3 Vgl. Agthe, Heike (Büro für Umweltkommunikation, Berlin): Kurz-Zusammenfassung – Europäische Bürgerinitiative, abrufbar unter: <http://www.lsva.eu/data/2011-Eur-Buergerinitiative.pdf> (7.11.2011)
- 4 Vgl. Amtsblatt der Europäischen Union: Verordnung zur Europäischen Bürgerinitiative, abrufbar unter: <http://eurlex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:065:0001:0022:DE>: (7.11.2011)
- 5 Vgl. Amtsblatt der Europäischen Union: Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeits-

weise der Europäischen Union, abrufbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2008:115:0047:0199:DE:PDF>

6 Lukas Wachter/Österreichisches Ökobüro

7 Vgl. „Umweltorganisationen: Atomimportverbot ist durchsetzbar“, in: Der Standard vom 10.10.2011, abrufbar unter: <http://derstandard.at/1317019794030/Zuversichtlich-Umweltorganisationen-Atomstrom-Importverbot-ist-durchsetzbar> (7.11.2011)

2. Einzelarbeit mittels Webquests und bereitgestelltem Material

Webquests sind Internetrechercheaufgaben, die auf Fragen basieren. Diese Aufgabe dient einerseits dazu, den SchülerInnen einen vordefinierten Rahmen bei der Aufgabenbearbeitung zu geben, andererseits soll diese Eingrenzung das Sich-Zurechtfinden im Internet erleichtern.

Mögliche Fragen zur EU-Bürgerinitiative könnten beispielsweise sein:

- ➔ Was ist die EU-Bürgerinitiative?
- ➔ Wie funktioniert sie?
- ➔ Welche EU-Bürgerinitiativen gibt es bereits?
- ➔ Was muss man tun, um eine Bürgerinitiative zu starten?
- ➔ Welche Bürgerinitiativen sollten eurer Meinung nach ins Leben gerufen werden?



Logo of the campaign
Quelle: <http://www.right2water.eu/material>
© right2water

Diese Fragen sollen korrekt und ausführlich beantwortet werden und werden anschließend im Rahmen der Gruppe genauer erörtert.

3. Gruppenarbeit zum aktuellen Tagesgeschehen

Im Vorfeld wird eine spezielle EU-Bürgerinitiative ausgewählt, die in der Lerneinheit bearbeitet wird. So könnte beispielsweise die Kampagne „Right2Water“, deren Anliegen die generelle Wasser- und sanitäre Grundversorgung ist, als Demonstrationsbeispiel dienen.

Die Lernenden werden in Kleingruppen (drei bis vier Personen) eingeteilt. Dann wird ihnen das Programm dieser Initiative vorgelegt und sie werden dazu angeleitet, den Text zu lesen. Im Rahmen der Großgruppe wird diese Bürgerinitiative anschließend besprochen.

4. Anregungen zur Diskussion im Forum

An dieser Stelle sei nochmals darauf hingewiesen, dass www.polipedia.eu nicht nur das Erstellen von Artikeln zulässt. Im angelegten Forum können von den SchülerInnen Beiträge verfasst werden, die zur Diskussion im Web anregen sollen. Die Jugendlichen lernen auf diese Weise, sich gemeinsam über gewisse Sachverhalte zu unterhalten und ihre Meinung dazu kundtun.

UNTERRICHTSBEISPIEL 3: „EU & WORLD“:

Globalisierung. Einstieg in die Thematik mittels Videoclips, stille Lektüre, Erstellung von Artikeln für die Website, Ausblick

1. Einstieg in die Thematik mittels Videoclips

Um sich dem Thema der Globalisierung anzunähern, können zum Einstieg kurze Videoclips gezeigt werden. Die vorgeschlagenen Videos bieten grundlegende Informationen zum Themenbereich der Globalisierung und zeigen auch die Licht- und Schattenseiten der globalen Verflechtung auf.

Videoclips-Links:

„WissensWerte“, Überblick: <http://www.e-politik.de/lesen/wissenswerte-animations-clips-zur-politischen-bildung/>

Was ist Globalisierung?, Die Welt als Dorf: <http://www.youtube.com/watch?v=S3BWLw7D2RA>

2. Stille Lektüre

Anschließend können unterschiedliche (Zeitung-)Artikel (auch online) zur stillen Lektüre im Rahmen der Klasse angeboten werden, aus denen die SchülerInnen selbst je nach Interesse und Motivation auswählen können. Dabei wird natürlich darauf geachtet, dass die Themenbereiche die SchülerInnen interessieren, für sie relevant sind und nicht überfordernd wirken.

Hierzu nur kurz ein Beispiel: Mobilfunktelefone sind mittlerweile ein nicht zu vernachlässigender Teil unserer Alltagskultur, so auch bei Jugendlichen. Als typisches Beispiel für eine globalisierte Produktionskette kann man sich dem Thema der Globalisierung mit diesem Beispiel nähern. Auch Roaminggebühren erweisen sich als interessanter Lehrinhalt für die SchülerInnen. Es soll den SchülerInnen ermöglicht werden, sich eine eigene Meinung zu bilden. In der Gruppe wird im Anschluss das Gelesene diskutiert, um etwaige Fragen zu klären und einen Meinungs- und Informationsaustausch zu generieren.

Beispieltext abzurufen auf: <https://germanwatch.org/en/download/3620.pdf>

3. Einträge auf www.polipedia.eu

Eine Liste mit möglichen zu bearbeitenden Artikeln wird in Form von Leitfragen bereitgestellt, diese könnten etwa so lauten:

- ➔ Was bedeutet die Globalisierung von Kultur und Sprache im Detail? Welche Trends, Chancen, aber auch mögliche Gefahren sind im Zusammenhang mit Globalisierung zu erkennen?
- ➔ Wer sind die GewinnerInnen und wer sind die VerliererInnen im heutigen Weltmarktwirtschaftssystem? Welche Veränderungen müssen vorgenommen werden, um gleichberechtigte Möglichkeiten für alle MarktteilnehmerInnen herbeizuführen?



Ein wichtiger Rohstoff für die Handyproduktion ist Coltan, das z.B. im Kongo unter sehr schlechten Arbeitsbedingungen abgebaut wird.
© Demokratiezentrum Wien

- ➔ Mobilfunktelefone sind heute nicht mehr aus dem Alltag wegzudenken. Außerdem sind Handys ein gutes Beispiel für eine globalisierte Produktionskette. Warum ist das so? Erstelle eine Skizze zur „Reise“ eines Mobilfunktelefons.

Wenn die SchülerInnen Themen, zu denen sie Einträge verfassen sollen, selbst auswählen können, gibt ihnen das ein gewisses Maß an Autonomie und wird wohl bei der Mehrheit dazu führen, ausgiebiger und interessierter an die Arbeit an der Aufgabensstellung heranzugehen.

4. Ausblick

Im Prinzip sollen die SchülerInnen dazu hingeführt werden, dass sie in Zukunft selbst aktiv am politischen Geschehen partizipieren. Die Frage, die sich stellt, ist natürlich: Was kann jede/r Einzelne tun? Um sie auch anzuregen, Sachverhalte kritisch zu hinterfragen, könnte man ihnen passend zum Thema Globalisierung und IT-Branche noch folgenden Artikel anbieten:

Der wichtigste Zulieferer des Unternehmens Apple war schon oft in den Schlagzeilen. Die unmenschlichen Arbeitsbedingungen bei Foxconn könnten für einige i-Phone-BesitzerInnen von Interesse sein. Eine Diskussion über den Artikel und die Klärung etwaiger Fragen seitens der SchülerInnen könnte diese dazu anregen, sich aktiv einzusetzen. Optionen, die dazu erarbeitet werden könnten: Wie könnte man z.B. auf Twitter aktiv werden? Oder auf Facebook? Oder ...

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/foxconn-apple-zulieferer-verbessert-arbeitsbedingungen-leicht-a-851383.html>

UNTERRICHTSBEISPIEL 4:

„Identity“: kreative Einführung, Rollenspiel, Erweiterung von Artikeln durch selbst produzierte Videoclips

1. Kreative Einführung

Ein Einstieg in eine Lehreinheit wäre auch so denkbar: In einer Diskussionsrunde soll die Lehrperson einen Denk- und Diskussionsanstoß zu Aspekten von individueller Identität und Gruppenidentität geben. Als kreative Arbeit könnten die SchülerInnen im Anschluss dazu ihre Gedanken und Ideen zu ihrer eigenen Person auf Poster aufmalen und diese dann in der Gruppe erörtern.

2. Rollenspiel

Im Hinblick auf ein EU-Projekt könnte es sich zum Beispiel als sinnvoll erweisen, zur Klärung des Oberbegriffs „Identität“ ein Rollenspiel (siehe Planspiel Seite 45) durchzuführen. SchülerInnen sollen lernen, sich in andere Meinungen, Haltungen und Personen hineinzusetzen. Wichtig ist das nicht nur für den zukünftigen Werdegang der Jugendlichen, sondern auch für ein respektvolles Miteinander im Rahmen der Klassengemeinschaft.

Als thematische Eingrenzung für das Rollenspiel wäre es möglich, die strittige Frage des EU- Beitritts der Türkei auszuwählen.

Nach einer eigenständigen Recherche im Internet, der Vergabe von Rollenprofilen und nach Absprache innerhalb der einzelnen Gruppen wird im Plenum über eine Erweiterung der Europäischen Union durch die Türkei diskutiert und abgestimmt.

Bei einem derartigen Rollenspiel schlüpfen die SchülerInnen in die Rolle eines bestimmten Akteurs/einer bestimmten Akteurin und erleben somit die Zusammenhänge in politischen Systemen am eigenen Leib auf vereinfachte und spielerische Weise. Aus der eigenen Erfahrung heraus sollen sie selbst politische Meinungen, Urteile und Überzeugungen erwerben. Die Lehrperson übernimmt in dieser Konstellation die Rolle des Moderators/der Moderatorin.

3. Erweiterung von Artikeln durch selbst produzierte Videoclips

Angenommen, es besteht bereits ein Artikel zum Schlagwort „Gruppenidentität“. Durch die Gestaltung und Produktion von dazupassenden kurzen Videoclips kann jede/r kreativen Input geben und sich mehr mit Medientechnik auseinandersetzen. Beispiele für Inputfragen:

Wer bin ich?

Als was fühle ich mich?

Welchen Gruppen fühle ich mich zugehörig?

Es gilt, den SchülerInnen immer wieder neue Lerndesigns anzubieten, damit auch für jede/n etwas dabei ist und so Interesse und Aufmerksamkeit der SchülerInnen gesichert sind. Die Videoclips werden als multimediale Bausteine den Artikeln hinzugefügt und erweitern somit den Content der Webseite. Auf www.polipedia.eu wurde bereits so gearbeitet. Siehe dazu <http://www.polipedia.eu/tiki-index.php?page=Active+Citizenship&highlight=video+clips>

Aber nicht nur Artikel können so „aufgepeppt“ werden, es ist eine gute Idee, auch im Forum solche Videoclips zu posten.

EU-Beitritt am Beispiel der Türkei

Einleitung

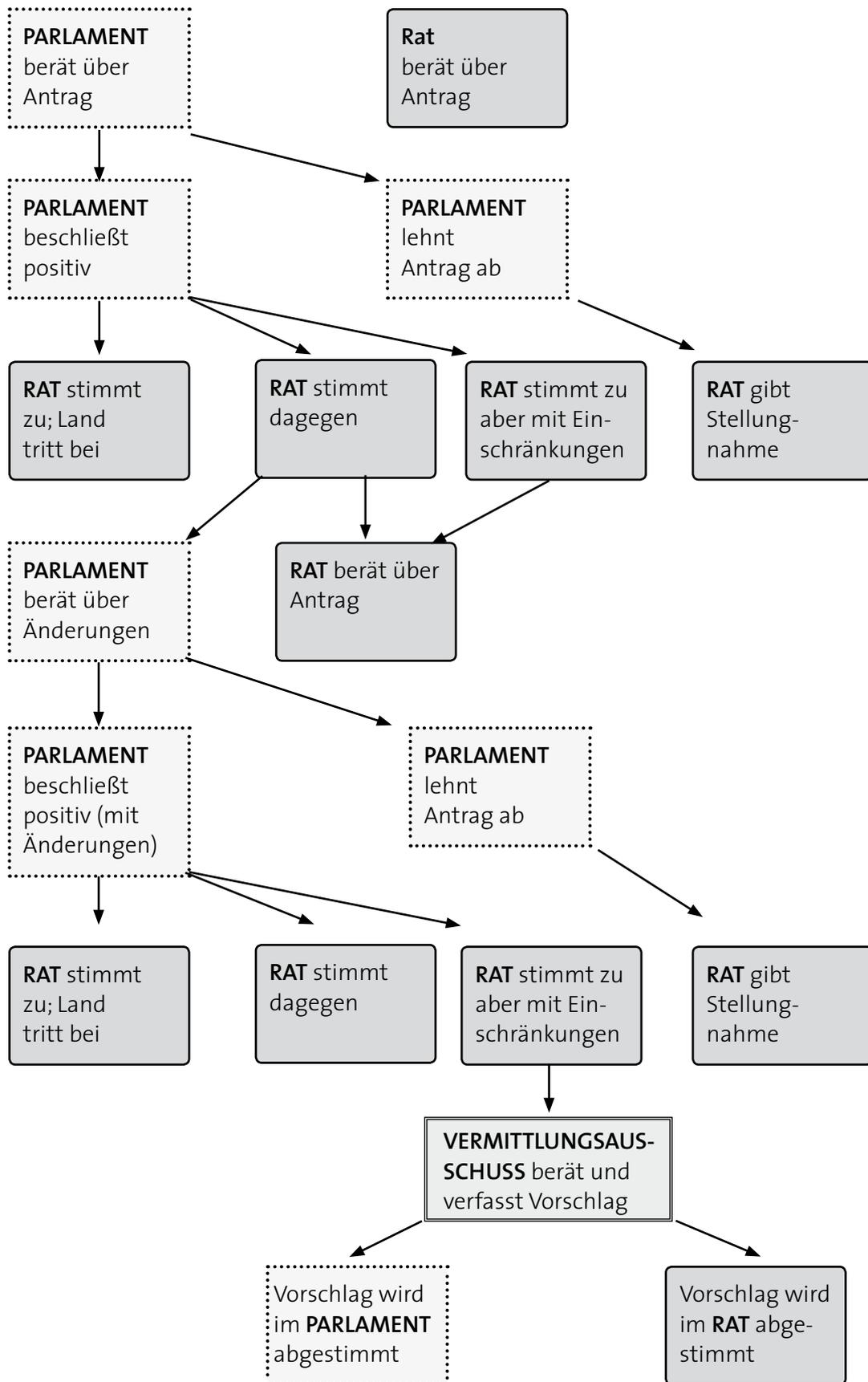
Das vorliegende Planspiel gibt Materialien zur Hand, mit denen die Perspektiven und Herausforderungen der Europäischen Union, speziell im Hinblick auf mögliche Erweiterungen und Vertiefungen, behandelt werden können. Der erfahrungsorientierte Ansatz des Planspiels ist besonders gut geeignet, um die komplexen und mehrstufigen Prozesse der Europäischen Union und die ihr inhärenten Entscheidungsstrukturen nachzuvollziehen und verstehen zu lernen. Die Jugendlichen können während des Planspiels in die Rollen der politischen AkteurInnen schlüpfen (Mitglied des Europäischen Parlaments, Mitglied des Rats der Europäischen Union, VertreterIn des Beitrittskandidaten, VertreterIn der Medien) und die vorgegebenen Rollenprofile um ihre eigenen Ideen erweitern. Dadurch wird der komplizierte Entscheidungsfindungsprozess der Europäischen Union prozesshaft erschlossen und die politischen Abläufe innerhalb der Europäischen Union werden nachempfunden. Europäische Entwicklungen werden für die TeilnehmerInnen dadurch auf einer äußerst persönlichen Ebene erfahrbar.

Der Spielablauf

1. Die TeilnehmerInnen werden in zwei etwa gleich große Gruppen aufgeteilt: Das Europäische Parlament und den Rat der Europäischen Union. Es empfiehlt sich, den Rat der Europäischen Union ein wenig kleiner zu gestalten als das Europäische Parlament. Er wird stärker von nationalen Einzelinteressen bestimmt als das EP, da sich der Rat aus Mitgliedern der nationalen Regierungen zusammensetzt. Zudem werden ein bis zwei Jugendliche für die Rolle der VertreterInnen des Beitrittskandidaten und der Rolle der unabhängigen Medien bestimmt. Die Rolle der unabhängigen Medien sollte insbesondere von TeilnehmerInnen übernommen werden, die über ein gewisses Maß an Medienkompetenz und technische Fähigkeiten (Upload von Videos ins Internet) verfügen.
2. Zu Beginn des Planspiels verteilt der Pädagoge/die Pädagogin die Rollenprofile an alle TeilnehmerInnen. Die ersten Minuten sind dafür reserviert, die Profile zu studieren und noch offene Fragen zu klären. Die Europäische Kommission wird von der Lehrperson gespielt. Die Ausgangssituation setzt voraus, dass der Beitrittskandidat (in diesem Fall die Republik Türkei) bereits einen Antrag auf Beitritt gestellt hat. Die Mitglieder des Europäischen Parlaments beginnen nun mit der Diskussion über den möglichen Beitritt. Dabei sollen sich die TeilnehmerInnen größtmöglich an die vorgegebenen Rollenprofile halten. Die Mitglieder des Rats der Europäischen Union sind einstweilen damit beschäftigt, ihre Rollenprofile zu erweitern. Mithilfe beispielsweise des Internets holen sie zusätzliche Informationen über ihre Herkunftsländer ein. Die VertreterInnen des Beitrittskandidaten versuchen eine erste Stellungnahme auszuarbeiten, um die Europäische Öffentlichkeit von einem Beitritt ihres Landes zu überzeugen. Die VertreterInnen der unabhängigen Medien können mit ihrer Arbeit beginnen, sobald das Planspiel beginnt. Zu ihren Aufgaben zählen vor allem die Dokumentation des Planspiels und das Führen von Interviews.

3. Nach etwa einer Stunde sollte das Europäische Parlament zu einer ersten Abstimmung kommen. Sollte diese positiv ausfallen, müssen bereits Detailkriterien (z.B. Reform der Agrarpolitik der Republik Türkei) für den Beitritt aufgestellt werden. Die Entscheidung wird an den Rat der Europäischen Union weitergeleitet. Der Rat muss zur Abstimmung im Europäischen Parlament eine Stellungnahme verfassen. Diese sollte bereits im Vorfeld besprochen worden sein, da der Rat der Europäischen Union nach Möglichkeit auf alle möglichen Abstimmungsverhalten des Europäischen Parlaments vorbereitet sein sollte. Zur Information über die Grundstimmung im Europäischen Parlament dürfen die VertreterInnen des Rates jederzeit mit den VertreterInnen der Medien sprechen bzw. deren Interviews oder Berichterstattung lesen und anschauen (Videos).
4. Bei einer negativen Entscheidung des Europäischen Parlaments ist das Planspiel zu Ende, die VertreterInnen des Rates der Europäischen Union schließen mit einer Erklärung, die dem Beitrittskandidaten die Gründe für die Ablehnung des Antrags erläutert. In einer abschließenden Gruppendiskussion kann man über seine Erfahrungen während des Rollenspiels berichten und darüber diskutieren, was für einen Beitritt nötig gewesen wäre. Hat das Europäische Parlament sich prinzipiell positiv geeinigt, darf der Rat der Europäischen Union zustimmen, ablehnen oder den Beitritt verhindern, indem er eine Stellungnahme verfasst, die dem positiven Bescheid des Europäischen Parlaments zusätzliche Kriterien auferlegt (z.B. zusätzliche ökonomische Schranken). In jedem Fall wird eine Stellungnahme des Rates verfasst, welche sowohl an den Beitrittskandidaten als auch an das Europäische Parlament weitergeleitet wird. Das Europäische Parlament debattiert nun in einer zweiten Runde die Vorschläge des Rates der Europäischen Union.
5. Bei einer negativen Entscheidung des Europäischen Parlaments ist das Planspiel zu Ende, die VertreterInnen des Rates der Europäischen Union schließen mit einer Erklärung, die dem Beitrittskandidaten die Gründe für die Ablehnung des Antrags erläutert. Hat das Europäische Parlament sich prinzipiell positiv geeinigt, darf der Rat der Europäischen Union zustimmen, ablehnen oder den Beitritt verhindern, indem er eine Stellungnahme verfasst, die dem positiven Bescheid des Europäischen Parlaments zusätzliche Kriterien auferlegt. In jedem Fall wird eine Stellungnahme des Rates verfasst, welche sowohl an den Beitrittskandidaten als auch an das Europäische Parlament weitergeleitet wird. Prinzipiell ist der Beitrittsprozess damit beendet.
6. Kam es allerdings im Europäischen Parlament nach der zweiten Diskussionsrunde zu einer Einigung und der Rat der Europäischen Union sprach sich in seiner Stellungnahme prinzipiell für einen Beitritt aus, fügte allerdings noch Kriterien zu den Bedingungen des Europäischen Parlaments hinzu, folgt die dritte Verhandlungsrunde. Hierzu wird ein Vermittlungsausschuss gebildet, der zu 50 % aus Mitgliedern des Europäischen Parlaments und zu 50 % aus Mitgliedern des Rates der Europäischen Union besteht. Dieser Ausschuss ist nicht öffentlich, die VertreterInnen der Medien und des Beitrittskandidaten dürfen nicht an der Besprechung teilnehmen. Die Ergebnisse des Vermittlungsausschusses werden an das Europäische Parlament und den Rat der Europäischen Union weitergeleitet. Beide Organe müssen zustimmen damit der Beitritt erfolgen kann. Das Planspiel schließt mit einer Erklärung des Rates der Europäischen Union, der dem Beitrittskandidaten die Bedingungen für einen Beitritt erläutert oder erklärt, warum es zu keinem Beitritt kommen kann. In einer anschließenden Gruppendiskussion werden die Erfahrungen aus dem Rollenspiel ausgetauscht, wozu insbesondere die von den VertreterInnen der unabhängigen Medien produzierten Texte, Bilder und Videos herangezogen werden können.

Der Beitrittsprozess



Quelle: http://europa.eu/about-eu/countries/joining-eu/index_de.htm

Szenario-Beschreibung

Szenario 1999–2012:

Europa an der Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert: Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts begann eine neue politische Ära – mit neuen Risiken und neuen Chancen. Die EU-Erweiterung im Jahr 2004 hat nach Jahrzehnten der Trennung aufgrund des Kalten Krieges einen historischen Meilenstein für die Vereinigung Europas gesetzt. Es handelte sich um die fünfte und bis heute auch größte Erweiterung der Europäischen Union. Am 1. Mai 2004 traten Estland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern der EU bei. Bis hin zur neuesten Erweiterung um Bulgarien und Rumänien (am 1. Januar 2007) bestand die EU aus 25 Mitgliedsstaaten. Kroatien wird als 28. Mitglied am 1. Juli 2013 der Union offiziell beitreten. Der 1. Mai 2004 war ein Moment, der den Fall des Eisernen Vorhangs spürbar zu einem Teil der Geschichte werden ließ. Vielerorts wurden große Feste gefeiert, insbesondere im Dreiländereck Tschechien, Polen und Deutschland, und Reden auf ein neues Europa gehalten. Der deutsche Ex-Kanzler Helmut Kohl bezeichnete die Erweiterung feierlich als eine „Glücksstunde“ für Europa. Als Entgegnung auf die mehrfach artikulierten Bedenken hinsichtlich der Erweiterung verwies die Europäische Kommission auf eine positive Bilanz auf beiden Seiten, sowohl bei den „alten“ als auch bei den „neuen“ Mitgliedsstaaten. Zumindest bis zur Ausbreitung der globalen Finanzkrise im Zuge des Zerberstens der „Immobilienblase“ in den USA konnten wirtschaftliche Wachstumsraten und eine generelle Erhöhung der politischen Stabilität verzeichnet werden. Ein im Westen oftmals befürchteter Ansturm von billigen Arbeitskräften aus dem Osten hat in dieser Größenordnung nicht stattgefunden.

Dieser „große Wurf“, eine Erweiterung der Europäischen Union in einem solchen Ausmaß, war damals ein ungemein umstrittenes Thema. Auch wenn ein Großteil der Ängste und Sorgen der damaligen Zeit unbegründet war, äußern viele Menschen in der „alten“ EU ihre Ablehnung der Ausweitung des Jahres 2004. Sollte die Europäische Union nun neue Mitglieder aufnehmen oder nicht? Die Türkei und Island zum Beispiel?

Die ersten Annäherungen zwischen der Türkei und Europa reichen weit zurück: Im September des Jahres 1963 wurde das sogenannte Ankara-Abkommen unterzeichnet, ein Vertrag über die Zusammenarbeit mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Das NATO-Mitglied Türkei (seit 1952) bewarb sich 1987 erstmals um die EU-Mitgliedschaft. Im Jahr 1999 erhielt die Türkei offiziell den Status eines Beitrittskandidaten auf dem EU-Gipfel von Helsinki. Am 17. Dezember 2004 beschloss der Europäische Rat, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei im Oktober 2005 zu eröffnen.

Heute, zu Beginn des Planspiels, haben VertreterInnen der Republik Türkei einen neuen Antrag auf Beitritt zur Europäischen Union eingereicht. Alle Behörden der EU haben sich versammelt, um zu entscheiden, wie man in dieser Frage weiter verfahren soll. Im Fall einer vom Europäischen Parlament und vom Rat der Europäischen Union gewährten Vollmitgliedschaft müssen daran geknüpfte Bedingungen formuliert und eine Einigung darüber erreicht werden. Sollte der Türkei allerdings keine EU-Mitgliedschaft gewährt werden, muss eine entsprechende Begründung vorgebracht werden.

FACTSHEET: BEITRITTSBEDINGUNGEN

Um den Status eines potenziellen Mitgliedsstaates zu erreichen, ist eine Erfüllung der Kriterien des Europäischen Rates von Kopenhagen (1993) von grundlegender Bedeutung. Ihnen zufolge muss der um eine Mitgliedschaft werbende Staat die folgenden Punkte nicht nur formal, sondern auch in der staatlichen Praxis erfüllen:

- ➔ Stabilität der Institutionen, Demokratie und verfassungsmäßigen Legalität, Einhaltung der Menschenrechte und Schutz von Minderheiten
- ➔ eine funktionierende Marktwirtschaft, die den Erfordernissen des Europäischen Binnenmarktes entspricht
- ➔ Annahme der gemeinsamen Regeln, Normen und Politiken, die die Gesamtheit des EU-Rechts darstellen

(Vgl.: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/72924.pdf, 20.10.2012)

Überblick

Der europäische Integrationsprozess ist seit Beginn insbesondere von zwei Triebkräften geprägt worden: Von „*Vertiefung*“ und von „*Erweiterung*“. Sie sind maßgeblich für seine Entwicklung und Ausrichtung verantwortlich und ständige Mitgestalter der europäischen Tagespolitik. Diese beiden sich einander gegenüberstehenden und spannungsgeladenen Leitbilder sollen zunächst genauer definiert werden:

Vertiefung umschreibt eine zunehmende Integration und bedeutet für die Wirtschaft einen gemeinsamen Binnenmarkt mit einem möglichst regen Austausch und gleichen Regeln für alle Beteiligten. In rechtlicher Hinsicht geht es um die Etablierung eines gemeinsamen Rechtssystems und somit das Aufstellen von für alle gleichermaßen geltenden Regeln. Aus dem Blickwinkel der Politik handelt es sich um eine Ausweitung des europäischen Systems und seiner Institutionen und demzufolge auch um eine verstärkte gemeinschaftliche Politikführung:

„Political integration is the process whereby political actors in several distinct national settings are persuaded to shift their loyalties, expectations and political activities toward a new centre, whose institutions possess or demand jurisdiction over the pre-existing national states. The end result of a process of political integration is a new political community, superimposed over the pre-existing ones.“ (Haas 1958: 16)

Erweiterung der Europäischen Union meint die Aufnahme neuer Beitrittsländer in die Union. Artikel 49 des EU-Vertrags legt die dafür notwendigen Bestimmungen und Abläufe dar (<http://dejure.org/gesetze/EU/49.html>, 20.10.2012). Hier hat die bewusste Stärkung junger Demokratien oberste Priorität. Eine eingehendere Vertiefung als Mittel zum Zweck für die Erweiterung wird nicht vorausgesetzt. Die Schwierigkeit der Diskussion über Erweiterung und Vertiefung liegt in der Frage begründet, ob und wie der erlangte Integrationsstand vor dem Hintergrund einer wachsenden Union gesichert werden kann und möglicherweise abgewandelt werden muss und ob nicht auch die Rolle der EU in diesem Modell allgemein neu gedacht werden muss. Sowohl die Interessen der Mitgliedsstaaten als auch die Erwartungen und Anforderungen von außerhalb müssen gleichermaßen berücksichtigt werden.

Darüber hinaus drängt sich die Frage nach möglichen „Gewinnern“ und „Verlierern“ solcher Erweiterungsprozesse und auch nach damit verbundenen nötigen Eingriffen in die nationalen Politiken auf.

Mögliche Diskussionsthemen

Sicherheit

Pro: Mit der Türkei als regionaler Macht im Nahen und Mittleren Osten würde auch Europas Status in der Welt aufgewertet und eine der islamischen Welt und den USA ebenbürtige Sicherheitspolitik geschaffen werden. Außerdem würde eine Mitgliedschaft auf lange Sicht zu weiteren demokratischen und sozialen Reformen im Land führen. Eine Ablehnung der EU-Aufnahme der Türkei könnte eine verstärkte Orientierung des Landes in Richtung Osten nach sich ziehen, was eine Destabilisierung des Gebietes zur Folge haben könnte.

Contra: Die Türkei ist seit bereits fünfzig Jahren Mitglied der NATO (1952) und somit ist eine geostrategische Verbindung bereits vorhanden. Dies macht das Militär des Landes zu einem Gegenpol zu religiösem politischen Fanatismus. Eine strategische Partnerschaft könnte hinsichtlich der oben angeführten sicherheitspolitischen Fragen bereits ausreichend sein. Eine Aufnahme der Türkei würde darüber hinaus weitere Krisenregionen zu Nachbarn der EU machen, was das Krisenpotenzial erheblich steigern würde.

Menschenrechte

Pro: Eine Aufnahme in die Europäische Union würde die Türkei in ihrem Bestreben unterstützen, ein demokratischerer und die Menschenrechte respektierender Staat zu werden. Eine Entscheidung gegen die Türkei könnte diesbezüglich massive Rückschritte mit sich bringen.

Contra: Obgleich die Türkei bereits Bemühungen unternommen hat, die Menschenrechte verstärkt zu achten, gehören Menschenrechtsverletzungen im Alltag noch nicht der Vergangenheit an. Die Türkei an diesem Punkt bereits mit einem Beitritt zu belohnen, würde ein falsches Signal aussenden.

Wirtschaft

Pro: Der jüngste Bericht der Europäischen Kommission besagt, dass die Türkei derzeit einen starken wirtschaftlichen Aufschwung erlebt. Inzwischen hat sich die Türkei zu einer funktionierenden Marktwirtschaft entwickelt, die dazu in der Lage sein sollte, dem Wettbewerbsdruck in der Union standzuhalten.

Contra: Der Bericht weist jedoch auch darauf hin, dass sich das Handelsbilanzdefizit des Landes vergrößert hat, was wiederum zu einem zunehmenden Ungleichgewicht der Außenwirtschaft führte. Die Türkei müsste mehrere strukturelle Reformen durchführen. Außerdem würde die Türkei aufgrund ihrer stetig wachsenden Bevölkerungszahl innerhalb kürzester Zeit eine Vormachtstellung in Europa einnehmen.

BASISINFORMATIONEN ZUR REPUBLIK TÜRKEI



Fläche:	814.578 km ²
EinwohnerInnen:	74.724.269 Mio.
Hauptstadt:	Ankara
Regierungstyp:	Parlamentarische Republik
Amtssprachen:	Türkisch
BIP total/nominal (2011):	778.089 Mio. US-Dollar
Währung:	Türk Lirası (Türkische Lira)
Human Development Index (2011):	0.699 (92. Platz)

Erste Schritte in Richtung einer EU-Mitgliedschaft unternahm die Türkei im Jahr 1963 mit der Unterzeichnung des Zoll-Protokolls. 1987 beantragte die Türkei die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft (EG). Die Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union haben offiziell im Oktober 2005 begonnen. Bereits sechs Jahre zuvor, im Jahr 1999, wurde der Türkei der Status des Beitrittskandidaten gewährt.

1923 wurde die Türkei als ein westlich orientierter Staat mit islamisch-imperialem Erbe gegründet, was auch heute noch Einfluss auf das politische und soziale Leben sowie die Auslandsbeziehungen des Landes hat. Die Geschichte der Republik und ihre geostrategische Position erklären ihre religiöse, kulturelle und ethnische Vielfalt.

Trotz eines massiven Konjunkturabschwungs (BIP-Wachstum: – 4,7 %) hat sich die türkische Wirtschaft relativ schnell von den Auswirkungen der globalen Finanzkrise (ab 2009) erholt. 2010 verzeichnete die Türkei mit 8,9 % über das höchste Wirtschaftswachstum hinter China und in den ersten neun Monaten des Jahres 2011 erreichte sie mit 9,6 % sogar den ersten Platz. Darüber hinaus kann die Türkei, im Vergleich zu vielen anderen EU-Ländern, mit einer ganzen Reihe von positiven ökonomischen Indikatoren glänzen (http://www.auswaertigesamt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Tuerkei/Wirtschaft_node.html; 05.06.2012, 19:10)

Auch nach mehreren Reformen durch die türkische Regierung hat die Europäische Kommission noch ihre Schwierigkeiten mit den Menschenrechtsverletzungen, mit der immer noch stark verbreiteten Korruption, den weiterhin ungelösten Fragen Zypern und die Kurden betreffend, mit der Nichtanerkennung des Genozids an mehr als einer Million ArmenierInnen, den Spannungen zwischen Griechenland und der Türkei und dem Mangel an Demokratie im Land.

ROLLENPROFIL REPRÄSENTANTIN DER TÜRKEI

Sie sind ein/eine RepräsentantIn der Türkischen Republik. 1987, vor fünfundzwanzig Jahren, hat sich Ihr Land zum ersten Mal um eine Aufnahme bemüht. Das liegt verhältnismäßig lange zurück und deshalb erwarten Sie, in absehbarer Zeit in die Europäische Union aufgenommen zu werden.

Während Ihrer Argumentation können Sie sich auf diese Daten aus der Geschichte, Politik und Wirtschaft Ihres Landes beziehen. Natürlich ist es Ihnen auch erlaubt, manche Daten zu beschönigen oder zu verschleiern. Vergessen Sie dabei nicht: Das vorrangige Ziel besteht darin, eine EU-Mitgliedschaft der Türkei zu erreichen!

1923 wurde die Türkei als ein westlich orientierter Staat mit islamisch-imperialem Erbe gegründet, was auch heute noch Einfluss auf das politische und soziale Leben sowie die Auslandsbeziehungen des Landes hat. 1964 unterzeichnete die Türkei ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Seit 1999 verfügt die Türkei offiziell über den Status eines Beitrittskandidaten. Ihre Geschichte und geostrategische Position erklären die kulturelle und ethnische Vielfalt des Landes. In Istanbul und zahlreichen Städten Anatoliens findet man Moscheen, Kirchen und Synagogen.

Erste Schritte in Richtung einer EU-Mitgliedschaft unternahm die Türkei im Jahr 1963 mit dem Unterzeichnen des Zoll-Protokolls. Erst im Juni 1996 konnte diese lange zuvor vereinbarte Union in Kraft treten, da das Europäische Parlament nur bereit war, den Vertrag an eine Aufforderung zur Achtung der Menschen- und Minderheitsrechte sowie die Gewährung von Amnestie für politische Flüchtlinge gekoppelt zu verabschieden. Seit Oktober 2005 haben die Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union offiziell begonnen.

Die Türkei ist bemüht, ein europäisches Land zu sein. Das Land versteht sich als eine „Brücke“ zum Islam, zu den ehemaligen Sowjetrepubliken und zu Zentralasien. Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Türkei einer der ersten Mitgliedsstaaten des Europarats (die pan-europäische Fusion) und hat die meisten der europäischen Vereinbarungen unterzeichnet. Im Jahr 1952 wurde sie Mitglied der NATO.

Laut Definition des Europarats ist die Türkei ein demokratisches europäisches Land. Zugleich gehören Menschenrechtsverletzungen jedoch längst nicht der Vergangenheit an. Die Türkei wird diesbezüglich immer wieder von anderen europäischen Staaten kritisiert. Auch auf einen Mangel an Demokratie und die Verletzung der Menschen- und Minderheitenrechte, insbesondere in Bezug auf die Kurden-Frage, wird wiederholt hingewiesen. Zahlreiche Reformen hinsichtlich dieser und ähnlicher Fragen wurden bereits vorgenommen. Viele dieser Änderungen sind allerdings noch nicht umgesetzt.

Es besteht eine historische und bis heute anhaltende Rivalität zwischen dem NATO-Staat Türkei und seinem Nachbarn Griechenland. Sie bezieht sich auf die Ägäis und ethnische Probleme. Mehrere EU-Mitgliedsstaaten klassifizieren die schlechten Beziehungen zwischen Griechenland und der Türkei als ein erhöhtes Sicherheitsrisiko für die EU.

Die EU hat wiederholt betont, dass die Position der Türkei gegenüber Zypern von entscheidender Bedeutung für das weitere Verfahren in Richtung eines Beitritts ist. Eine Lösung des Zypern-Konflikts war vor dem Beitritt des Landes im Mai 2004 noch

unmöglich gewesen. Seither ist die Türkei de facto zwar eine Besatzungsmacht in einem EU-Mitgliedsstaat, aber das umfassende Regelwerk der Union besitzt im vom Militär besetzten Norden des Landes keine Gültigkeit. In Anbetracht der verhärteten Position beider Parteien ist eine baldige Lösung nicht zu erwarten.

Trotz eines massiven Konjunkturabschwungs (BIP-Wachstum: $-4,7\%$) hat sich die türkische Wirtschaft von den Auswirkungen der globalen Finanzkrise (ab 2009) relativ schnell erholt. 2010 verfügte die Türkei mit $8,9\%$ über das höchste Wirtschaftswachstum hinter China und in den ersten neun Monaten des Jahres 2011 erreichte sie mit $9,6\%$ sogar den ersten Platz. Darüber hinaus kann die Türkei, im Vergleich zu vielen anderen EU-Ländern, mit einer ganzen Reihe von positiven ökonomischen Indikatoren glänzen.

(http://www.auswaertigesamt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Tuerkei/Wirtschaft_node.html, 05.06.2012)

Taktik

Beziehen Sie sich als VertreterIn der Türkei auf das Argument, dass das Land eine Brückenfunktion zum Islam, zu den ehemaligen Sowjetrepubliken und zu Zentralasien hat. Die Rechtfertigung für die rasche Realisierung der EU-Mitgliedschaft stützt sich auf den sehr frühen Zeitpunkt der Antragstellung. Aus diesem Grund ist die Türkei davon überzeugt, dass sie auf der Liste potenzieller neuer Mitgliedsstaaten an erster Stelle stehen sollte. Sie betonen insbesondere die durch eine Mitgliedschaft gegebenen sicherheitspolitischen Vorteile für die EU. Zugleich müssen mögliche Einwände der EU-Staaten zu den Spannungen zwischen der Türkei und Griechenland angefochten werden.

Heben Sie die politische und wirtschaftliche Bedeutung der Türkei als Mittelmeerland hervor und versuchen Sie, die anderen mediterranen Länder zur Unterstützung Ihrer Anliegen zu gewinnen.

Die Tatsache, dass es der Türkei ökonomisch weiterhin relativ gut geht und sie weniger stark als viele andere EU-Länder von der globalen Finanzkrise betroffen war/ist, hilft Ihrer Argumentation.

Besonderes Interesse widmen Sie der deutschen Position im Rat der Europäischen Union. Aufgrund der allgemein recht engen Beziehungen zwischen den beiden Ländern erwartet die Türkei eine rege Unterstützung Deutschlands. Immerhin ist Deutschland der wichtigste Handelspartner der Türkei und tätigt eine große Anzahl von Investitionen in der Türkei. Eine vergleichsweise große türkische Minderheit lebt in Deutschland. Tausende von türkischen UnternehmerInnen leisten auf verschiedene Art und Weise einen Beitrag zur deutschen Volkswirtschaft und schaffen Arbeitsplätze.

Erweisen Sie sich in der Rolle des Vertreters/der Vertreterin als kooperativ und als dazu gewillt, im Interesse einer gerechten Lösung des Konflikts über die „Zypern-Frage“ und in Anbetracht der Spannungen zwischen Ihrem Land und Griechenland Kompromisse zu schließen.

Zeigen Sie, dass Sie im Bezug auf die Integration in eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der Union aufgeschlossen sind, da dies die Aufnahme in die Euro-

päische Union beschleunigen würde. Ihnen ist bewusst, dass zahlreiche Mitglieder der Union und die USA eine Einbeziehung der Türkei in diesen Bereich durchaus willkommen heißen würden.

DalhnendieEinwändegegeneinebaldigeMitgliedschaftsehrwohlbekanntsind(Stichworte: Mangel an Demokratie, die Situation der kurdischen Bevölkerung und viele türkische ArbeiterInnen in europäischen Ländern, insbesondere in Deutschland), bieten Sie der Opposition Kompromisse im Tausch gegen eine gewährte Vollmitgliedschaft an. Etwa könnte im Fall einer vollständigen Mitgliedschaft und im Rahmen einer Übergangsphase die Reisefreiheit der TürklInnen eingegrenzt werden, sodass etwaige Befürchtungen der EU-Partner vor zu vielen türkischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen gemindert würden.

Schließlich äußern Sie die Sorge, dass mit einer möglicherweise negativen Empfehlung seitens der EU-Kommission die türkisch-europäischen Beziehungen gefährdet und fundamentalistische Tendenzen gestärkt würden.



Rollenprofil: EINE ABGEORNETE/EIN ABGEORNETER DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS AUS IRLAND

Partei: Fianna Fail (FF)

Irische Europapolitik wird, trotz des historisch schlechten Abschneidens von Fianna Fail bei den irischen Parlamentswahlen 2011, nach wie vor hauptsächlich von dieser liberalen irisch-republikanischen Partei gemacht. Die Fianna Fail vertritt breite Schichten der irischen Bevölkerung und war seit 1932 über 60 Jahre in der irischen Regierung vertreten. Fast alle politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen seit der Unabhängigkeit Irlands ereigneten sich unter Fianna Fail.

Irland ist von der Welt- und Wirtschaftskrise hart getroffen, weil die lange Zeit erfolgreiche Immobilienwirtschaft zur Belastung wurde. Durch die fallenden Immobilienpreise seit 2007 sind viele private irische Haushalte stark verschuldet. Aufgrund der irischen Bankenkrise bat Ministerpräsident Brian Cowen von der Fianna Fail 2010 die Europäische Union um Hilfen. Die EU-FinanzministerInnen bewilligten ein dreijähriges Hilfspaket im Umfang von 85 Milliarden Euro aus dem Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM). Die irische Regierung beschloss außerdem starke Sparmaßnahmen wie zum Beispiel die Anhebung der Mehrwertsteuer auf 23 %, Kürzungen von Sozialleistungen und Einsparungen im öffentlichen Dienst.

Bei den Parlamentswahlen 2011 wurden die meisten Regierungsparteien, vor allem die Fianna Fail, von den irischen WählerInnen hart abgestraft. Fianna Fail fuhr das schlechteste Wahlergebnis ihres Bestehens ein und ist seitdem nicht mehr in der Regierung vertreten. Irland gilt als erstes Krisenland der aktuellen Wirtschaftskrise, da dort schon 2007/2008 der Immobilien- und Finanzsektor kollabierte.

Zudem ist Fianna Fail eine traditionell euroskeptische Partei, die Erweiterungen der Europäischen Union stets kritisch gegenüberstand und -steht. Die steigende Abgabe von Kompetenzen der Nationalstaaten an Brüssel ist häufig Kritikpunkt im Wahlkampf der Fianna Fail.

Taktik

Sie sehen sich in erster Linie als RepräsentantIn der irischen Bevölkerung. Ihre Partei wurde bei den letzten Parlamentswahlen von den WählerInnen hart abgestraft und muss sich nunmehr das Vertrauen der irischen Öffentlichkeit zurückerkämpfen. Besinnen Sie sich daher auf altbekannte Themen und argumentieren Sie im Interesse der irischen Bevölkerung. Kritisieren Sie beispielsweise den europäischen Bürokratismus und Zentralismus, wenn sich die Möglichkeit dazu bietet. Die Fianna Fail ist momentan auf ihrem historisch schwächsten Stand, das wissen auch die anderen Parteien im Europäischen Parlament. Lassen Sie sich davon nicht beirren und suchen Sie den Kontakt zu ähnlich denkenden ParlamentarierInnen.

Sie wissen, dass die wirtschaftliche Entwicklung Irlands zu einem Gutteil an den Strukturfonds der Europäischen Union gebunden ist. Eine Eingliederung der Türkei in die EU könnte nur auf Kosten eben dieser der Fördergelder geschehen. Treten Sie deshalb für extrem lange Übergangsfristen zur Übernahme der Strukturhilfe ein. Zustimmung zu Ihrer Politik werden Sie vor allem von anderen kleinen Staaten wie Belgien, Dänemark oder den Niederlanden erfahren. Nötigenfalls schlagen Sie eine Erhöhung des EU-Haushaltes zu Gunsten des Strukturfonds vor.



Rollenprofil: EINE ABGEORDNETE/EIN ABGEORDNETER DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS AUS BELGIEN

Partei: Ecologistes (Ecolo)

Ecolo ist eine frankophone grüne Partei in Belgien. 1980 entstanden, zählte sie zu den ersten Grünparteien der Welt, die in ein nationales Parlament einzogen. Ecolo setzte sich in den letzten 30 Jahren immer für eine starke Zusammenarbeit und den Zusammenhalt der europäischen grünen Parteien ein.

Bereits 1984 hat sich Ecolo mit Grünen aus den Niederlanden, Luxemburg, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Schweden und der Schweiz zur Europäischen Koordination Grüner Parteien zusammengeschlossen. Im Jahr 2004 wurde unter Mitwirkung von Ecolo die Gründung der Europäischen Grünen Partei beschlossen, die sich nunmehr aus mehr als 35 grünen Parteien zusammensetzt.

Die innovative Ausrichtung der belgischen Grünen besteht laut ihrem Parteiprogramm darin, regionale, nationale und selbst europäische Interessen zu überwinden und die allgemeinen Interessen aller Bürgerinnen und Bürger in der Welt zu berücksichtigen.

Ecolo betrachtet die Integration der Türkei in die Strukturen der Union als voreiligen Schritt in die richtige Richtung. Vor allem betont Ecolo, dass eine Erweiterung der Europäischen Union immer auch von den nationalen Parlamenten und der europäischen Öffentlichkeit getragen werden muss und nicht alleine im EU-Parlament beschlossen werden soll.

Die Türkei erscheint der belgischen Öffentlichkeit in vielerlei Hinsicht noch nicht als Mitgliedsland geeignet zu sein: Die ökonomischen und sozialen Unterschiede sind nach wie vor sehr groß und die Angleichung an einen gemeinsamen Besitzstand, d.h. der gesamten Rechte und Pflichten, die die Mitgliedsstaaten im Rahmen der Europäischen Union untereinander verbinden, scheint vor allem in wirtschaftlich schweren Zeiten kaum machbar. Zudem hinkt die Türkei der europäischen Gesetzgebung in sozialer Hinsicht sowie im Bezug auf das Gesundheitswesen, den Umweltschutz und den Minderheitenschutz weit hinterher.

Taktik

Sie als Abgeordnete/r von Ecolo im EP haben trotz einer weltoffenen und solidarischen Sicht momentan wenig Interesse an einem EU-Beitritt der Türkei. Ihrer Meinung nach würde die Integration eines so großen Landes wie der Türkei zu einer großen wirtschaftlichen Belastung der EU-27, insbesondere der EU-17, also der Staaten der Eurozone, führen.

Prinzipiell befürworten Sie zwar eine Aufnahme der Türkei, meinen aber, dass eine Integration in die EU erst Sinn ergibt, wenn Europa die momentane Finanz- und Wirtschaftskrise überwunden hat und die Türkei vor allem in sozialer Hinsicht ihren Reformbedarf eingesehen hat. Betonen Sie, wie wichtig Ihnen Fortschritte im Bereich des Umwelt- und Minderheitenschutzes sind.

Zudem erinnern Sie Ihre KollegInnen daran, dass die europäische Bevölkerung Zeit braucht, eine künftige Erweiterung mitzutragen und langfristig als vorteilhaft zu erkennen. Ein übereiltes Handeln könnte unter anderem rechte und populistische Gruppierungen in Belgien und ganz Europa fördern.

Sie bevorzugen eine großzügige (auch monetäre) Unterstützung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Reformen durch die Europäische Union, welche der Türkei helfen, sich an die europäischen Standards anzupassen.



Rollenprofil: EINE ABGEORDNETE/EIN ABGEORDNETER DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS AUS DEUTSCHLAND

Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)

In den 1980er- und 1990er-Jahren wurde die Europapolitik Deutschlands maßgeblich von den Christdemokraten beeinflusst. Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs unterstützt Deutschland und insbesondere die CDU den Beitritt der Länder Mittel- und Osteuropas. Dennoch ist Deutschland verstärkt mit sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen aufgrund von Migration aus Niedriglohnarbeitsmärkten konfrontiert, primär aus Regionen, welche an mittel- und osteuropäische Länder anschließen.

Deutschland muss seine historische Last und seine historischen Erfahrungen berücksichtigen. Auf der einen Seite muss es die Ängste und Wünsche der westeuropäischen Länder respektieren und zufriedenstellen und kann nicht in Eigenregie handeln, auf der anderen Seite pflegt Deutschland aber auch lange und exzellente ökonomische Beziehungen mit der Türkei.

Taktik

Machen Sie deutlich: Bevor die Türkei der Europäischen Union beitreten kann, muss es im Land eine Reihe von Reformen geben. Die wirtschaftlichen Strukturen müssen liberalisiert werden und einen gewissen Wettbewerbsstandard erreichen, damit die Türkei auf dem europäischen Binnenmarkt „mitspielen“ kann. Sie könnten sich lange Übergangsfristen vorstellen, um so eine gute wirtschaftliche Zusammenarbeit zu gewährleisten.

Aus geopolitischen Gründen ist ein Beitritt der Republik Türkei für Sie nur unter der Bedingung annehmbar, dass sie europäische Standards der Menschenrechte einhält. Sie sind davon überzeugt, dass ein möglicher Beitritt der einzige Weg wäre, um Druck auf die türkische Regierung auszuüben und die Situation der Minderheiten in der Türkei zu verbessern. Versuchen Sie, andere europäische Konservative von dieser Meinung zu überzeugen.



Rollenprofil: EINE ABGEORDNETE/EIN ABGEORDNETER DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS AUS GROSSBRITANNIEN

Partei: Conservative Party (Con)

In den letzten Jahren ist die Conservative Party zusehends europaskeptischer geworden. 2009 startete sie eine Kampagne gegen den Vertrag von Lissabon, welcher ihrer Ansicht nach Brüssel zu viel Souveränität zugesteht. Die Conservative Party versucht, bessere bilaterale verteidigungspolitische Beziehungen mit wichtigen europäischen Partnern aufzubauen, und ist davon überzeugt, dass es im nationalen Interesse Großbritanniens sei, uneingeschränkt mit seinen europäischen Nachbarn im Rahmen einer gemeinsamen Verteidigungspolitik zu kooperieren.

Die Skepsis gegenüber dem Euro, der europaweiten Währung, ist während der letzten Jahre der Wirtschaftskrise weiter gewachsen. Heute ist ein Wechsel vom Pound zum Euro unwahrscheinlicher denn je.

Aufgrund seiner Insellage ist Großbritannien zwar nicht an einer Erweiterung interessiert, aber auch nicht gänzlich dagegen. Dem Beitritt der Türkei steht die britische Öffentlichkeit sehr skeptisch gegenüber. Es herrscht große Angst vor einer zusätzlichen finanziellen Belastung durch eine überhastete Erweiterung.

Taktik

Als ein Mitglied der Conservative Party sind Sie generell euroskeptisch eingestellt. Ihr vorrangiges Ziel ist es, mögliche Reformen, welche die Macht europäischer Institutionen stärken und die Bedeutung nationaler Mitgliedsstaaten schwächen könnten, zu verhindern. Sie wollen eine starke Union, aber zugleich auch einen möglichst unabhängigen britischen Nationalstaat.

Versuchen Sie möglichst lange Übergangsphasen zu erreichen, um den eigenen Markt zu schützen. Verweisen Sie darauf, dass jede Lösung auch noch in 20 Jahren und danach noch haltbar sein muss. Nur Langzeit-Lösungen können das Funktionieren der Europäischen Union garantieren. Ein Beitritt der Türkei darf keine erhöhten Beitragszahlungen für Großbritannien bedeuten.

Aus geopolitischen Gründen setzen Sie für einen Beitritt der Türkei voraus, dass das Land die europäischen Standards für Menschenrechte einhält. Verlangen Sie drastische Änderungen hinsichtlich der Wahrung von Menschen- und Minderheitsrechten. Lassen Sie die RepräsentantInnen der Türkei wissen, dass Sie keine rasche Aufnahme unterstützen werden. Versuchen sie dennoch, vorsichtig zu agieren und nehmen Sie deren Vorschläge ernst.



Rollenprofil: EINE ABGEORDNETE/EIN ABGEORDNETER DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS AUS FRANKREICH

Partei: Union pour un mouvement populaire (UMP)

Die französische Öffentlichkeit steht einem Beitritt der Türkei in die Europäische Union sehr skeptisch gegenüber. Die französische Regierung betrachtet diesen als eine historische Herausforderung, die an gewisse Konditionen für die Türkei gebunden sein muss. Frankreich muss seine historischen Verpflichtungen und Erfahrungen im Hinterkopf behalten. Das Land muss die Wünsche und Ängste der westeuropäischen Länder berücksichtigen und kann nicht ohne Weiteres in Eigenregie handeln.

Um einen Beitrittsprozess zu beschleunigen, ist Frankreich für alle Formen bilateraler Gespräche, Partnerschaftsabkommen und die Entwicklung einer konsistenten Türkei-Politik von Seiten der Europäischen Union offen. Die Union Pour un Mouvement Populaire unterstützt zudem eine paneuropäische Verteidigungspolitik.

Eine mögliche Erweiterung der EU darf jedoch keinesfalls die politische und ökonomische Kraft der Union mindern. Die im Vertrag von Amsterdam formulierte und in den Verträgen von Lissabon und Nizza umformulierte Vorstellung von einer „verstärkten Zusammenarbeit“ könnte ein möglicher Lösungsweg sein, um den Beitritt selbst nach hinten zu verschieben und dafür den Integrationsprozess der Türkei zu beschleunigen.

Taktik

Elementare ökonomische Anforderungen müssen von der Türkei erfüllt werden. Die ökonomischen Strukturen müssen liberalisiert werden und einen bestimmten Wettbewerbsstandard erreichen, damit das Land auf dem europäischen Binnenmarkt bestehen kann. Sie könnten sich mittelfristige Übergangsphasen vorstellen, welche eine gute ökonomische Zusammenarbeit sicherstellen würden.

Aus geopolitischen Gründen ist ein Beitritt der Republik Türkei für Sie nur unter der Bedingung annehmbar, dass sie europäische Standards der Menschenrechte einhält. Sie sind davon überzeugt, dass ein möglicher Beitritt der einzige Weg wäre, um Druck auf die türkische Regierung auszuüben und die Situation der Minderheiten in der Türkei zu verbessern. Versuchen Sie, andere europäische Konservative von dieser Meinung zu überzeugen.



Rollenprofil: EINE ABGEORDNETE/EIN ABGEORDNETER DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS AUS ÖSTERREICH

Partei: Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)

Die SPÖ bildet derzeit gemeinsam mit der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) eine große Koalition und stellte mit dem damaligen Parteivorsitzenden Franz Vranitzky den Kanzler, als Österreich am 1. Januar 1995 der Europäischen Union beitrug. Die österreichischen SozialdemokratInnen wollen Politik sowohl für Österreich als auch für Europa entwickeln und umsetzen. Dabei kommt den folgenden Bereichen besonderes Gewicht zu:

- Im Rahmen der aktuellen Wirtschaftskrise soll für ein nachhaltiges Wachstum gesorgt werden, die Finanzmärkte stärker kontrolliert und dessen Akteure zu mehr Transparenz aufgefordert werden.
- Der Bekämpfung des Klimawandels; es soll in in Europa produzierte, umweltverträgliche, kostengünstigere und erneuerbare Energie investiert werden
- Der Gleichstellung von Frauen und Männern, Reformen in der Migrationspolitik und einer Rückbesinnung auf die Grundwerte der Europäischen Union: Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Die intensiven Bemühungen der Türkei um eine EU-Mitgliedschaft stoßen bei der österreichischen Bevölkerung noch vermehrt auf Skepsis und Ablehnung. Die meisten ÖsterreicherInnen sind gegen einen Vollbeitritt. Eine „strategische Partnerschaft“ oder ein späterer Beitritt werden eher bevorzugt.

Taktik

Als Mitglied einer sogenannten „Volk-Partei“ müssen Sie auf viele verschiedene Stimmen hören, und auch in Ihrer Partei gibt es keine einheitliche Meinung, was die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei betrifft. Daher berufen Sie sich auf Aufklärung, offene Diskussion und eine klare Darstellung der Gründe und des Nutzens für Österreich. Vor einer geringen Popularität der Erweiterung in Ihrem Wählerkreis fürchten Sie sich allerdings nicht.

Hinsichtlich des verknappten EU-Budgets ist es Ihnen wichtig, einen Beitritt an klare Bedingungen zu koppeln. Verlangen Sie drastische Änderungen, was die Wahrung der Menschen- und Minderheitsrechte betrifft.

Verweisen Sie des Weiteren darauf, dass jede Lösung auch noch in 20 Jahren und danach haltbar sein muss. Nur Langzeit-Lösungen können das Funktionieren der Europäischen Union garantieren. Da fast die Hälfte des türkischen Handels auf Europa entfällt und Österreich dabei eine gewichtige Rolle spielt, wollen Sie sichergehen, dass die wirtschaftliche Entwicklung der Türkei stabil bleibt.

- Barber, Benjamin (1994):** Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen. Hamburg Bentivegna, Sara (2002): Politics and New Media, in: Lievrouw, Leah/Sonia Livingstone (Hg.) The Handbook of New Media, 50–61.
- Berger, Claudia/Kühberger, Christoph (2008):** Politische Bildung und das Internet. Optionen des blended learning, in: Kompetenzorientierte Politische Bildung, herausgegeben vom Forum Politische Bildung, Informationen zur Politischen Bildung Bd. 29, Innsbruck–Bozen–Wien.
- Dvorak, Johann/Mückler, Hermann (Hg.) (2011):** Staat – Migration – Globalisierung. Wien
- Fishkin, James (1991):** Democracy and Deliberation. New Haven/London
- Filzmaier, Peter (2007):** Jugend und Politische Bildung. Einstellungen und Erwartungen von 14- bis 24-jährigen. Kurzbericht zur Pilotstudie. Wien (online unter: www.donauuni.ac.at/imperia/md/content/departement/pk/pilotstudie_jugend_polbil.pdf)
- Filzmaier, Peter/ Klepp, Cornelia (2009):** Mehr als Wählen mit 16: Empirische Befunde zum Thema Jugend und Politische Bildung, in Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 38, 341–355.
- Frey, André/Petko, Dominik (2010):** Lernplattformen und neue Lernkultur, in: Petko, Dominik (Hg.): Lernplattformen in Schulen. Ansätze für E-Learning und Blended Learning in Präsenzklassen, Wiesbaden, 53–62
- Großegger, Beate (2008):** Jugendliche und ihr Verhältnis zur Politik: Rahmenbedingungen für innovative politische Bildung und Beteiligungsförderung aus Sicht der Jugendforschung, in: Demokratiezentrum Wien (Hg.): Abschlussbericht der ExpertInnengruppe 5 Innovative Demokratie Wien (online unter: www.demokratiezentrum.org → Wissen → Artikel _ Innovative Demokratie, <http://www.demokratiezentrum.org/index.php?id=417&index=1972> [14.11.2012])
- Großegger, Beate (2011a):** Passive DemokratInnen. Aktuelle Befunde zu Politikverständnis und Engagementbereitschaft Jugendlicher in den 10er-Jahren (E-Paper). Wien (online unter: http://www.jugendkultur.at/passive_demokratInnen.pdf [12.09.2012])
- Großegger, Beate (2011b):** Jugend in der Mediengesellschaft. Sozialisier im Zeitalter des dynamischen technologischen Wandels, Wien (online unter: http://www.jugendkultur.at/passive_demokratInnen.pdf [12.09.2012])
- Großegger, Beate (2012):** Wo sind die jungen WutbürgerInnen? Auf den Spuren protestbewegungsorientierter Jugendlicher der 2010er-Jahre. Wien (online unter: http://www.jugendkultur.at/passive_demokratInnen.pdf [12.09.2012])
- Haas, Ernst B. (1958):** The Uniting of Europe. Political, Social, and Economic Forces 1950–1957. Stanford
- Habermas, Jürgen (1992):** Erläuterungen zur Diskursethik, 2. Auflage. Frankfurt am Main
- Habermas, Jürgen (1996):** Strukturwandel der Öffentlichkeit: Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. 5. Auflage. Frankfurt am Main
- Hafeneger, Benno (2001):** Warum brauchen wir Partizipation? Anmerkungen zum Verhältnis von Jugend und Politik, in: Der pädagogische Blick 9/2001 (4), 217–226
- Hasebrink, Uwe/Lampert, Claudia (2011):** Kinder und Jugendliche im Web 2.0 – Befunde, Chancen und Risiken, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 3/2011, 3–10
- Jenkins, Henry et al. (2009):** Confronting the Challenges of Participatory Culture. Media Education for the 21st Century. MIT

- Klippert, Heinz (2008):** Planspiele. 10 Spielvorlagen zum sozialen, politischen und methodischen Lernen in Gruppen. 5. Auflage. Weinheim/Basel
- Krotz, Friedrich (2007):** Mediatisierung. Fallstudien zum Wandel von Kommunikation. Wiesbaden
- Livingstone, Sonia (2002):** Young People and New Media. London–Thousand Oaks–New Delhi
- Livingstone, Sonia (2003):** The Changing Nature and Uses of Media Literacy (working paper London School of Economics) (online unter: <http://eprints.lse.ac.uk/13476/> [12.09.2012])
- Maier-Rabler, Ursula/Hartwig, Christiana (2007):** eParticipation – „Jugend aktiv“. Das aktive IKT-Nutzerverhalten von Salzburger Jugendlichen mit besonderer Berücksichtigung von (politisch) partizipativen Formen von Internet und mobiler technischer Kommunikation. Endbericht. Universität Salzburg
- Maier-Rabler, Ursula/Neumayer, Christine (2008):** Jugend und E-Participation – Analyse und Strategien, in: Abschlussbericht der ExpertInnengruppe 5 „Innovative Demokratie“. Demokratie – Initiative Entscheide.
- Meister, Dorothee M. (2004):** Schule und Medien, in: Helsper, W./Böhme, J. (Hg.): Handbuch der Schulforschung. Wiesbaden, 483–500
- Mernyi, Willi (2005):** Handbuch Planspiele. Wien
- Palfrey, John/Gasser, Urs (2008):** Generation Internet. Die Digital Natives: Wie sie leben, was sie denken, wie sie arbeiten. München
- Parycek, Peter/Maier-Rabler, Ursula/Diendorfer, Gertraud (2010):** Internetkompetenz von SchülerInnen. Aktivitätstypen, Themeninteresse und Rechercheverhalten in der 8. Schulstufe in Österreich. Wien–Salzburg–Krems
- Pateman, Carol (1970):** Participation and Democratic Theory. London
- Pelinka, Anton (2006):** Politische Bildung und politische Sozialisation, in: Diendorfer, Gertraud/Steininger, Sigrid (Hg.): Demokratie-Bildung in Europa. Herausforderungen für Österreich
- Perlot, Flooh/Zandonella, Martina (2009):** Wählen mit 16 – Jugendliche und Politik in Österreich, in: SWS-Rundschau (49. Jg.) Heft 4/2009, 420–445
- Petko, Dominik (2010):** Lernplattformen, E-Learning und Blended Learning in Schulen, in: ders. (Hg.): Lernplattformen in Schulen. Ansätze für E-Learning und Blended Learning in Präsenzklassen, Wiesbaden, 9–27
- Schneekloth, Ulrich (2010):** Jugend und Politik: Aktuelle Entwicklungstrends und Perspektiven, in: Shell Deutschland Holding (Hg.): Jugend 2010. Eine pragmatische Generation behauptet sich. Frankfurt am Main, 129–164
- SORA/ISA/Kozeluh, Ulrike (2009):** Wählen mit 16. Eine Post Election Study zur Nationalratswahl 2008. Befragung – Fokusgruppen – Tiefeninterviews. Wien
- Spanning, Reingard/Ogris, Günther/Gaiser, Wolfgang (Hg.) (2008):** Youth and political participation in Europe. Results of the comparative study EUYOPART. Opladen–Farmington Hills
- Ullram, Peter (2007):** Jugend und politische Orientierung, Studie im Auftrag von Fessel/GfK Präsentation der Ergebnisse (online unter: http://www.iv-mitgliederservice.at/iv-all/dokumente/doc_2451.pdf [12.09.2012])

Weitere Materialien

Auf www.polipedia.at finden sie Unterrichtsbeispiele zu verschiedenen Themen, die zeigen, wie sich der Einsatz von PoliPedia.at in die Unterrichtsgestaltung einbinden lässt zum kostenlosen Download bzw. können diese beim Demokratiezentrum Wien bestellen. www.polipedia.at → Infos für LehrerInnen

Unterrichtsmaterial zum Thema „Demokratie und Rechte in der Arbeitswelt“

Demokratie und Rechte in der Arbeitswelt. Unterrichtsmaterial von Gertraud Diendorfer und Petra Mayrhofer, Wien 2010.

Unterrichtsbeispiele zum Thema Europäische Union

Das Europäische Parlament im Unterricht. Materialien und Unterrichtsvorschläge von Gertraud Diendorfer und Petra Mayrhofer, in: Forum Politische Bildung (Hg.) Politische Kultur. Mit einem Schwerpunkt zu den Europawahlen. (Informationen zur Politischen Bildung, Bd. 30), Innsbruck – Bozen-Wien, StudienVerlag 2009, S. 91–94.

Unterrichtsbeispiele zum Thema Grund- und Menschenrechte

Arbeiten auf der wiki-Plattform PoliPedia.at zum Thema Grund- und Menschenrechte von Gertraud Diendorfer und Petra Mayrhofer, in: Ammerer, Heinrich / Krammer, Reinhard / Windischbauer, Elfriede (Hrsg.), Politische Bildung konkret. Beispiele für den kompetenzorientierten Unterricht, Wien 2009, S.64–70.

Unterrichtsbeispiele zum Thema Wählen

PoliPedia.at. Eine Online-Enzyklopädie von und für Jugendliche von Alexander Banfield-Mumb und Petra Mayrhofer, in: Zentrum polis – Politik Lernen in der Schule (Hrsg.), Lexika im Unterricht der Politischen Bildung. Tipps und Anregungen. Neuauflage, Wien, 3. Aufl. 2010, S. 29–34.

Video-Tutorial

Eine kurze technische Einführung findet sich auf dem Youtube-Channel von PoliPedia Das Tutorial ist auch beim Demokratiezentrum Wien zu bestellen (Adresse siehe unten unter Kontakt)

Workshops

Bei Bedarf und Interesse bietet das Demokratiezentrum Wien Workshops an, um das Arbeiten an und mit www.polipedia.at an Schulen zu präsentieren.

Kontakt

Demokratiezentrum Wien

Hegelgasse 6/5, 1010 Wien
T: +43 1 5123737
team@polipedia.at
www.demokratiezentrum.org

ICT&S Center der Universität Salzburg

Sigmund-Haffner Gasse 18, 5020 Salzburg
T: +43 662 8044-4801
polipedia@icts.sbg.ac.at
www.icts.sbg.ac.at



Lernmodule für die Politische Bildung

Das Demokratiezentrum Wien bietet für LehrerInnen auf seiner Website www.demokratiezentrum.org neben den Wissensstationen, dem Wissenslexikon, den Timelines und den Themendossiers insbesondere die Lernmodule für die Politische Bildung an.

THEMEN der Lernmodule

- Das politische System Österreich
- Demokratieentwicklung Österreichs im 20. Jahrhundert
- Demokratiemodelle und politische Partizipation – Repräsentative, direkte und partizipative Demokratie
- Schuldemokratie
- Demokratie in Bewegung – Demokratisierungsprozesse in den 1960er und 1970er Jahren
- Politik in Bewegung – Das Auftreten neuer Themen und neuer politischer AkteurInnen seit den 1970er Jahren
- Österreichs Weg in die EU
- Wie arbeitet die EU?
- Europa-Konzepte
- Migration – Migrationsgeschichte und Einwanderungspolitik in Österreich und im europäischen Kontext

<http://www.demokratiezentrum.org/bildung/lernmodule/uebersicht.html>



Wanderausstellung „Migration on Tour“

Das Demokratiezentrum Wien hat in Kooperation mit der Initiative Minderheiten sowie unter Mitwirkung von SchülerInnen und LehrerInnen die Wanderausstellung Migration on Tour entwickelt. Darin werden auf 14 Stationen sowohl aktuelle Zuwanderungstrends als auch historische Migrationsmuster dargestellt. Die Ausstellung beginnt mit individuellen Migrationsgeschichten, und beleuchtet dann die Entwicklung Österreichs zu einem Einwanderungsland sowie europäische und globale Wanderungsprozesse. Sie beschäftigt sich mit aktuellen Fragen im Zusammenhang mit Asyl, Aufenthalts- und Arbeitsrecht, Einbürgerungspolitik und Integration. Neben Einführungen finden Sie hier detailliertes Hintergrundwissen zum Thema Migration, ein Wissenslexikon, statistische Daten, interaktive Karten, Videos und Audios sowie Factsheets zu den rechtlichen Rahmenbedingungen.

Wenn Sie Interesse an der Ausstellung oder einem Workshop in Ihrer Schule haben, können Sie uns per Mail, Telefon oder mittels unseres Anmeldeformulars auf www.demokratiezentrum.org kontaktieren.

Kontakt- und Bestelladresse:

Demokratiezentrum Wien

E-Mail: office@demokratiezentrum.org

Tel: 01/512 37 37

www.demokratiezentrum.org

INTERNETMODUL UND ONLINE AUSSTELLUNG „Migration on Tour“ – www.migrationontour.at

Begleitend zur Ausstellung hat das Demokratiezentrum Wien ein Internetmodul mit umfangreichem und vielfältigem Material rund um die Themenschwerpunkte Migration und Integration erarbeitet, das neben Einführungen auch detailliertes Hintergrundwissen zum Thema anbietet, ein Wissenslexikon, statistische Daten, interaktive Karten, Videos und Audios sowie Factsheets zu den rechtlichen Rahmenbedingungen.

Für die Zielgruppe der LehrerInnen und SchülerInnen wurden auf Basis des angebotenen E-Contents fächerübergreifende Unterrichtsbeispiele für die Fächer Geographie, Geschichte und Politische Bildung entwickelt.

www.migrationontour.at

Ausstellungskuratorinnen: Gertraud Diendorfer, Demokratiezentrum Wien, Cornelia Kogoj, Initiative Minderheiten





POLIPEDIA.AT
DEMOKRATIE – POLITIK – PARTIZIPATION

POLIPEDIA.EU
DEMOCRACY – POLITICS – PARTICIPATION

POLIPEDIA.SI
Demo kr ac ija – po li ti ka – par ti ci paci ja

